Verlautbarungsblatt I

des

Bundesministeriums für Landesverteidigung

Jahrgang 2025

Wien, 12. Februar

11. Verleihungen von Auszeichnungen vor allem des Bundes und des Bundesministeriums für Landesverteidigung; Annahme- und Trageerlaubnis für ausländische Orden, Ehrenzeichen, Verdienstzeichen und Medaillen

Erlass vom 27. Jänner 2025, GZ S91347/2-BPersAng/2024

INHALT

I. Auszeichnungen des Bundes

- A. Allgemeines
- B. Ehrenzeichen und Medaillen für Verdienste um die Republik Österreich sowie Verdienstzeichen der Republik Österreich
- C. Goldene Medaille am roten Bande für Verdienste um die Republik Österreich (Lebensrettungsmedaille)
- D. Militär-Verdienstzeichen
- E. Amtstitel und Verwendungsbezeichnungen
- F. Berufstitel
- G. Dank und Anerkennung durch den Bundespräsidenten
- H. Dank und Anerkennung durch die Bundesregierung
- I. Bundes-Ehrenzeichen
- J. Gemeinsame Bestimmungen

II. Auszeichnungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung

- A. Tapferkeitsmedaille
- B. Militär-Anerkennungsmedaille
- C. Verwundetenmedaille
- D. Wehrdienst-Auszeichnungen und Einsatzmedaille
- E. Milizmedaille
- F. COVID-19 Erinnerungsmedaille
- G. Belobigung durch den Bundesminister

III. Annahme- und Trageerlaubnis für ausländische Orden, Ehrenzeichen und Medaillen

IV. Orden und Ehrenzeichen; Rangordnung, Trageweise und Trageerlaubnis

V. Schlussbestimmungen

I. AUSZEICHNUNGEN DES BUNDES

A. Allgemeines

Für die Verleihung einer Auszeichnung des Bundes kommen jene Wehrpflichtigen des Präsenz-, Miliz- und Reservestandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung in Betracht, die **hervorragende Vertreter ihres Standes sind** und sich in Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten im Bundesheer besondere Verdienste um die Republik Österreich erworben haben *). Ordnungsgemäße Dienstverrichtung, hervorragende Dienstauffassung sowie pflichtbewusstes Verhalten rechtfertigen allein noch nicht die Verleihung einer Auszeichnung, dies sind vielmehr zu erbringende allgemeine Voraussetzungen.

Es ist daher unbedingt darauf zu achten, dass für die Verleihung einer Auszeichnung des Bundes, neben den allgemeinen Voraussetzungen **konkrete, hervorragende, außergewöhnliche auszeichnungswürdige Leistungen für die Landesverteidigung vorliegen müssen**. Soll der beabsichtigte Zweck erreicht und der sensible Wert der Auszeichnung nicht geschmälert werden, sind strenge Maßstäbe bei der Beurteilung von Leistungen der in Betracht gezogenen Personen anzulegen.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) wird daher nach gründlicher Prüfung jedes einzelnen Falles ausnahmslos nur für jene Personen eine bundesstaatliche Auszeichnung beantragen, die sich hierfür infolge ihres vorbildlichen Verhaltens und ihrer konkreten, außergewöhnlichen Leistungen als besonders würdig erwiesen haben. Diese Würdigkeit hat aus der ausführlichen Begründung des Antrages eindeutig hervorzugehen. Anträge, die mangelhaft begründet sind, kann nicht entsprochen werden. **Es besteht kein Rechtsanspruch auf Verleihung einer Auszeichnung.**

Bei Wehrpflichtigen des Milizstandes rechtfertigt allein die erfolgreiche Teilnahme an freiwilligen Waffen-, Kader- od. Milizübungen noch keine Antragstellung auf Verleihung eines Ehrenzeichens. Auszeichnungsanträge aus Anlass der Versetzung bzw. des Übertrittes in den Ruhestand sowie Beendigung der Wehrpflicht sind u.a. zur Datenerhebung **bis spätestens ein halbes Jahr vor dem Ausscheiden aus dem Dienststand** an das BMLV zu richten. Nur bei ganz besonders gelagerten Einzelfällen kann dieser Zeitpunkt unterschritten werden.

Ist gegen Wehrpflichtige des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes sowie einen Angehörigen der Heeresverwaltung nach der Antragstellung auf Verleihung einer Auszeichnung ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, oder haben sich wichtige, die Person des Auszuzeichnenden betreffende Veränderungen ergeben, ist dies unverzüglich dem BMLV/BPersAng zu melden.

B. Ehrenzeichen und Medaillen für Verdienste um die Republik Österreich sowie Verdienstzeichen der Republik Österreich

1. Zu den allgemeinen Voraussetzungen einer angestrebten Verleihung zählen:

- a) Im Einzelfall erbrachte konkrete, außergewöhnliche auszeichnungswürdige Leistungen, die Merkmale einer „erheblichen Überschreitung des zu erwartenden Arbeitserfolges“ übersteigen und deren Auswirkungen zur Auftrags Erfüllung des Bundesheeres erheblich beitragen,
- b) eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Dienstzeit im österreichischen öffentlichen Dienst **)
- c) im Rahmen der Leistungsfeststellung mindestens der zu erwartende Arbeitserfolg (bei Vertragsbediensteten ein mindestens sehr guter Arbeitserfolg),
- d) die Erfüllung einer Interkalarfrist von zwei Jahren nach Ernennung (nur im alten Dienstklassensystem) ***),
- e) die Erfüllung einer Interkalarfrist von fünf Jahren nach Verleihung einer Auszeichnung des Bundes ***),
- f) der Antrag auf Verleihung eines Ehrenzeichens, Verdienstzeichens oder einer Medaille und der Antrag auf eine Ernennung dürfen nicht gleichzeitig oder nahezu gleichzeitig gestellt werden,
- g) **der Antrag muss spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der erbrachten zu würdigenden außergewöhnlichen Leistung dem BMLV vorliegen,**

*) Militär-Verdienstzeichen siehe Abschnitt I, Teil D.

**) Bei Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes gilt dieser Zeitraum als erbracht, wenn diese innerhalb einer Wartefrist von zehn Jahren ab Beginn der ersten freiwilligen Waffen-, Kader- od. Milizübung 120 Tage freiwillige Waffen-, Kader- od. Milizübungen geleistet haben.

***) Bei Personen, die in den Ruhestand versetzt werden oder übertreten, verringert sich die Interkalarfrist von zwei Jahren auf ein Jahr und von fünf Jahren auf vier Jahre, wobei dieser Zeitraum mit dem Ausscheiden aus dem Dienststand abgelaufen sein muss.

- h) die Annahmefähigkeit der Auszuzeichnenden muss gegeben sein. (Schriftliche Einverständniserklärung ist dem Antrag bei zu schließen).
- i) **Die Speicherung von sichtbaren Bundesauszeichnungen erfolgt durch BMLV/BPersAng.**

2. Verleihung post mortem

Die Verleihung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich nach dem Ableben des Auszuzeichnenden kann nur in ganz besonders gelagerten Einzelfällen, in denen der Auszuzeichnende anlässlich eines im Staatsinteresse oder eines im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Einsatzes ums Leben kam, beantragt werden.

3. Antragstellung

Die Antragstellung ist für Wehrpflichtige des Präsenzstandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Eine ausführliche Begründung ist auf dem Dienstweg dem BMLV vorzulegen. Für Wehrpflichtige des Miliz- und Reservestandes hat die Antragstellung mittels Personendaten-Gesamtausdruck vom PERSIS/ERGIS-NT unter Beischluss einer aussagekräftigen Begründung durch das mobilmachungsverantwortliche Kommando (mobvKdo) zu erfolgen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

C. Goldene Medaille am roten Bande für Verdienste um die Republik Österreich (Lebensrettungsmedaille)

1. Verleihung

Personen, die sich unter eigener Lebensgefahr durch Rettung des Lebens anderer Personen Verdienste um die Republik Österreich erworben haben, kann die Goldene Medaille am roten Bande verliehen werden. Bei Vorlage von Anträgen auf Verleihung der Goldenen Medaille am roten Bande ist darauf zu achten, dass über die vollbrachte Lebensrettung nicht nur die übliche dienstliche Meldung vorliegt, sondern der genaue Hergang dieser Tat auch durch entsprechende Niederschriften mit Retter, Geretteten und Zeugen sowie gegebenenfalls auch durch Abschriften der Protokolle der zuständigen Polizeidienststellen dargelegt wird. **Die zu würdigende Tat muss unter Einsatz des eigenen Lebens vollbracht worden sein.**

In vielen Fällen wird es notwendig sein, das zuständige Militärkommando wegen Beibringung erforderlicher Polizeiprotokolle und Zeugenaussagen einzubinden.

2. Antragstellung

Die Antragstellung ist für Wehrpflichtige des Präsenzstandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung über das PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist eine ausführliche Begründung auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen. Bei Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes erfolgt die Antragstellung über den Personendaten-Gesamtausdruck vom PERSIS/ERGIS-NT unter Beischluss einer ausführlichen Begründung. Auf die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 lit. a bis g angeführten allgemeinen Voraussetzungen ist keine Rücksicht zu nehmen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

D. Militär-Verdienstzeichen

Das Militärauszeichnungsgesetz 2002 (MAG 2002), BGBl. I Nr. 168, und die Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung vom 16. September 2024, BGBl. II Nr. 249, über die militärischen Auszeichnungen (Militärauszeichnungsverordnung 2024 – MAV 2024) über die Ausstattung, die Trageart sowie die Beschreibung des Militär-Verdienstzeichens, regeln die Verleihung dieser Steckdekoration. Rechte am Ehrenzeichen sowie über Widerruf und Aberkennung von Ehrenzeichen sind gem. Ehrenzeichengesetz, BGBl. I Nr. 132/2023 anzuwenden.

1. Verleihung

- a) Das Militär-Verdienstzeichen kann an Personen verliehen werden, die sich durch hervorragende Leistungen auf militärischem oder zivilem Gebiet um die militärische Landesverteidigung besonders verdient gemacht haben.

- b) Da es sich beim Militär-Verdienstzeichen auf Grund der besonderen Voraussetzungen (Personen in staatspolitisch tragenden Funktionen) grundsätzlich nur um eine eher selten zu verleihende Auszeichnung handeln kann, ist vor Antragstellung bei der Würdigkeitsprüfung **ein äußerst strenger Maßstab** anzulegen.
- c) Das Militär-Verdienstzeichen verleiht der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung, wobei den Antrag auf Erstattung eines solchen Vorschlages der Bundesminister für Landesverteidigung stellt.
- d) Personen, denen das Militär-Verdienstzeichen verliehen worden ist, haben eine Verleihungsurkunde zu erhalten.
- e) Diese Personen sind berechtigt, sich als Besitzer dieser Auszeichnung zu bezeichnen und diese zur Uniform oder Zivilkleidung zu tragen.
- f) Das verliehene Militär-Verdienstzeichen geht in das Eigentum des Ausgezeichneten über. Es darf von anderen Personen nicht getragen und zu Lebzeiten des Eigentümers nicht an andere Personen übereignet werden.

Die Speicherung des Militär-Verdienstzeichens erfolgt durch BMLV/BPersAng.

2. Ausschließung von der Verleihung

- a) Von der Verleihung sind Personen ausgeschlossen, die wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden.
- b) Der Ausschluss von der Verleihung gilt bis zur Tilgung der gerichtlichen Verurteilung.
- c) Auf das Militär-Verdienstzeichen sind Abschnitt I, Teil J, Ziffer 2 und Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 bis 8 (Ehrenzeichengesetz (EhrenzeichenG), BGBl. I Nr. 132/2023), über Rechte am Ehrenzeichen sowie über Widerruf und Aberkennung von Ehrenzeichen anzuwenden.
- d) Lit. c gilt mit der Maßgabe, dass die Eigentumsverhältnisse an Militär-Verdienstzeichen, die vor dem 1. Jänner 2024 verliehen wurden, unberührt bleiben.

3. Antragstellung

- a) Die Antragstellung ist für Wehrpflichtige des Präsenzstandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung über das im PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist eine ausführliche Begründung auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen. Für Wehrpflichtige des Miliz- und Reservestandess hat die Antragstellung mittels Personendaten-Gesamtausdruck vom PERSIS/ERGIS-NT unter Beischluss einer aussagekräftigen Begründung durch das mobvKdo zu erfolgen.
- b) Im Übrigen gelten die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 angeführten allgemeinen Voraussetzungen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

E. Amtstitel und Verwendungsbezeichnungen

Der § 63 Abs. 5 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 (BDG 1979) vom 27. Juni 1979, BGBl. Nr. 333, i.d.F. des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 140/2011, regelt die Verleihung des nächsthöheren Amtstitels oder der nächsthöheren Verwendungsbezeichnung anlässlich des Übertrittes in den Ruhestand.

1. Verleihung

Der Beamtin bzw. dem Beamten kann **aus Anlass des Übertrittes in den Ruhestand** mit oder nach Ablauf des 65. Lebensjahres gemäß § 13 Abs. 1 BDG 1979 an Stelle ihres/seines Amtstitels oder ihrer/seiner Verwendungsbezeichnung der für ihre/seine Besoldungs- bzw. Verwendungsgruppe vorgesehene nächsthöhere Amtstitel bzw. die nächsthöhere Verwendungsbezeichnung verliehen werden. Dies gilt auch, wenn die zuständige Bundesministerin oder der zuständige Bundesminister den Übertritt der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand aufschiebt (§ 13 Abs. 2 leg. cit.).

Bei jenen Personen, die in dieser Form ausgezeichnet werden sollen, müssen auch alle im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 angeführten allgemeinen Voraussetzungen erfüllt sein.

Die Speicherung des nächsthöheren Amtstitels oder der nächsthöheren Verwendungsbezeichnung anlässlich des Übertrittes in den Ruhestand erfolgt durch BMLV/BPersAng.

2. Antragstellung

Die Antragstellung ist über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist eine ausführliche Begründung auf dem Dienstweg dem BMLV vorzulegen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

F. Berufstitel

Zur Auszeichnung von Personen, die sich in langjähriger hervorragender Ausübung ihres Berufes Verdienste um die Republik Österreich erworben haben, hat der Bundespräsident **aufgrund** des Art. 65 Abs. 2 lit. b des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) mit EntschlieÙung vom 28. Juni 2002, BGBl. II Nr. 261/2002, idgF Berufstitel geschaffen.

1. Verleihung

- a) Für den Bereich des BMLV sind folgende Berufstitel vorgesehen:
 - **Hofrat / Hofrätin,**
 - **Regierungsrat / Regierungsrätin,**
 - **Amtsrat / Amtsrätin,**
 - **Kanzleirat / Kanzleirätin sowie**
 - **Studienrat / Studienrätin,**
 - **Oberschulrat / Oberschulrätin,**
 - **Schulrat / Schulrätin;**
- b) Die Verleihung eines Berufstitels erfolgt grundsätzlich nicht vor Vollendung einer im öffentlichen Dienst tatsächlich zurückgelegten **ununterbrochenen fünfzehnjährigen Dienstzeit** sowie frühestens **nach Vollendung des 50. Lebensjahres**.
- c) Personen, die mit einem Berufstitel ausgezeichnet wurden, sind zu dessen Führung berechtigt und haben Anspruch, mit diesem Titel in amtlichen Verlautbarungen benannt zu werden.
- d) Wer unbefugt einen Berufstitel führt, begeht, wenn dadurch kein gerichtlich zu ahndender Tatbestand verwirklicht wird, eine Verwaltungsübertretung.
- e) Frauen, die vor dem Inkrafttreten der EntschlieÙung des Bundespräsidenten BGBl. Nr. 493/1990 mit einem Berufstitel ausgezeichnet wurden, können diesen Titel in der weiblichen Form führen.
- f) Von mehreren für die gleiche berufliche Tätigkeit nacheinander verliehenen Berufstiteln ist nur der zuletzt verliehene zu führen.
- g) Werden Berufstitel, Amtstitel (und Dienstgrad bei Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes) nebeneinander geführt, so wird der Berufstitel nach dem Amtstitel, jedoch **immer** vor einem allfälligen akademischen Grad geführt.
- h) Berufstitel können neben Amtstitel geführt werden, wenn sie im wesentlichen Wortlaut mit diesen nicht gleich sind.
- i) Die Verleihung des Berufstitels kann widerrufen werden, wenn später Tatsachen bekannt werden, die einer Verleihung entgegengestanden wären oder der bzw. die Beliehene nachträglich ein Verhalten setzt, das einer Verleihung entgegensteht.

Selbst bei Erfüllung aller in den Richtlinien angeführten Voraussetzungen erwächst **kein** Rechtsanspruch **auf Verleihung eines Berufstitels**.

Die Speicherung des Berufstitels erfolgt durch BMLV/BPersAng.

2. Antragstellung

Die Antragstellung ist über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist die entsprechende Begründung auf dem Dienstweg dem BMLV/BPersAng vorzulegen. Im Übrigen gelten die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1, mit Ausnahme von lit. b, angeführten allgemeinen Voraussetzungen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

G. Dank und Anerkennung durch den Bundespräsidenten

1. Verleihung

In ganz besonderen Einzelfällen kann der Bundespräsident verdienstvollen Beamten der Dienstklasse IX sowie Bediensteten in vergleichbarer Stellung aus Anlass der Versetzung oder des Übertrittes in den Ruhestand in Würdigung des gesamten Wirkens „Dank und Anerkennung“ aussprechen.

2. Antragstellung

Die Antragstellung ist über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist die entsprechende Begründung auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen. Im Übrigen gelten die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1, angeführten allgemeinen Voraussetzungen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

H. Dank und Anerkennung durch die Bundesregierung

1. Verleihung

In ganz besonderen Einzelfällen kann die Bundesregierung verdienstvollen Beamten der Dienstklasse IX und VIII sowie Bediensteten und Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes in vergleichbarer Stellung für vorbildliches Wirken in leitender Funktion „Dank und Anerkennung“ aussprechen.

2. Antragstellung

Die Antragstellung ist über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist die entsprechende Begründung auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen. Im Übrigen gelten die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1, angeführten allgemeinen Voraussetzungen.

Bei Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes erfolgt die Antragstellung über den Personendaten-Gesamtausdruck vom PERSIS/ERGIS-NT unter Beischluss einer entsprechenden Begründung.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

I. Bundes-Ehrenzeichen

Mit Bundesgesetz vom 15. November 2023, BGBl. I Nr. 132/2023, wurde das Ehrenzeichengesetz (EhrenzeichenG) geschaffen und u.a. die Bestimmungen betreffend des Bundes-Ehrenzeichens erlassen.

1. Voraussetzung für die Verleihung

- a) Zur Anerkennung besonderer Verdienste um die Republik Österreich oder besonderer Verdienste um die Allgemeinheit, die durch ehrenamtliche, unentgeltliche Leistungen im Rahmen von Freiwilligen-Organisationen und Freiwilligen-Initiativen auf Gebieten erbracht werden, die Bundessache gemäß Artikel 10 B-VG in Gesetzgebung und Vollziehung sind, wird das Bundes-Ehrenzeichen verliehen.
- b) Vorschläge für die Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens sind bei jenem Mitglied der Bundesregierung einzubringen, in dessen Wirkungsbereich die zu würdigende Leistung erbracht wurde. Im Falle von Leistungen, die keinem Wirkungsbereich zuzuordnen sind, sind die Vorschläge bei der Bundeskanzlerin bzw. beim Bundeskanzler einzubringen.
- c) Bezug auf die Antragstellung wird aufgrund der bindenden Kriterien zur Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens darauf verwiesen, dass in Österreich eine Reihe von Freiwilligen-Organisationen tätig sind, in denen ehrenamtlich Bürger im Interesse der Allgemeinheit Leistungen erbringen, die insbesondere im Rettungswesen, beim Katastrophen- und Umweltschutz, im Sozialbereich, in der Kultur, im Sport, in der Jugend- und Altenbetreuung usw. zum Tragen kommen. Diese Organisationen bzw. Initiativen der sogenannten Bürgergesellschaft („civil society“) leisten auf privater und freiwilliger Basis wichtige Beiträge zum Gemeinwohl, zur Lebenshilfe und zur Demokratie.
- d) Neben den Leistungen in Freiwilligen-Organisationen können auch innerhalb des Dienstbereiches in Freiwilligen-Initiativen (z.B. Sammlungen, Hilfsaktionen, Mitwirkung bei Aufbauarbeiten etc.) auf ehrenamtlicher und unentgeltlicher Basis anerkannte Leistungen für das Gemeinwohl erbracht werden.

- e) Ragen in diesen Organisationen bzw. Initiativen Leistungen bei Angelegenheiten, die von gesamtstaatlicher Bedeutung sind oder sachlich dem Kompetenzbereich des Art. 10 B-VG zuzuordnen sind, besonders hervor, können diese durch Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens angemessen gewürdigt werden.
- f) Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, dass im Bereich der militärischen Landesverteidigung grundsätzlich von einer ehrenamtlichen bzw. von einer unentgeltlichen Leistung nicht ausgegangen werden kann, da in Österreich die allgemeine Wehrpflicht besteht und Dienstleistungen (In- und Auslandseinsätze) von Wehrpflichtigen bzw. von Personen des Dienststandes grundsätzlich nach den einschlägigen Bestimmungen (HGG 2001, GehG, KSE-BVG, AusLEG 2001) vergütet werden.

Es können aber auch im Zuge dieser allgemeinen Dienstleistungen von Wehrpflichtigen bzw. von Personen des Dienststandes im Rahmen von Freiwilligen-Initiativen zu würdigende Leistungen erbracht werden, sofern sie darüber hinaus ehrenamtlich bzw. unentgeltlich erfolgt sind.

Im Bereich BMLV ist die Anregung über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L3 durchzuführen. Gleichzeitig ist eine entsprechend begründete Anregung **unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>**, (siehe **Anlage 1, Formular 10**) auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen. Im Übrigen gelten die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 angeführten allgemeinen Voraussetzungen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

Die Speicherung des Bundes-Ehrenzeichens erfolgt durch BMLV/BPersAng.

2. Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens

Das Bundes-Ehrenzeichen verleiht die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler oder ein anderes sachlich zuständiges Mitglied der Bundesregierung.

3. Ausgestaltung des Bundes-Ehrenzeichens

Die formale Ausgestaltung des Bundes-Ehrenzeichens und die Art des Tragens werden durch Verordnung der Bundesregierung geregelt. (BGBl. II Nr. 375/2023)

J. Gemeinsame Bestimmungen

Mit Bundesgesetz vom 15. November 2023, BGBl. I Nr. 132/2023, wurde das Ehrenzeichengesetz (EhrenzeichenG) geschaffen und u.a. die „Gemeinsamen Bestimmungen“ erlassen.

1. Rechte der Ausgezeichneten

- a) Jede bzw. jeder Ausgezeichnete ist berechtigt, das Ehrenzeichen anzulegen und zu tragen sowie sich als Besitzerin bzw. Besitzer dieses Ehrenzeichens zu bezeichnen. Andere Vorrechte sind damit nicht verbunden. Das Tragen des Ehrenzeichens ist der bzw. dem Ausgezeichneten vorbehalten.
- b) Personen, denen ein Ehrenzeichen verliehen wird, erhalten ein Beurkundungsdekret.

2. Rechte am Ehrenzeichen

Die nach diesem Bundesgesetz verliehenen Ehrenzeichen stehen im Eigentum des Bundes und sind, mit Ausnahme einer letztwilligen Verfügung über den Besitz, kein Gegenstand des rechtsgeschäftlichen Verkehrs. Der Besitz an den Ehrenzeichen kommt den Ausgezeichneten und nach deren Ableben ihren Erbinnen bzw. Erben oder ihren Vermächtnisnehmerinnen bzw. Vermächtnisnehmern zu. Davon ausgenommen ist das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, welches nach dem Ableben der bzw. des Ausgezeichneten gemäß § 11 des EhrenzeichenG an die Österreichische Ehrenzeichenkanzlei in der Präsidentschaftskanzlei zurückzustellen ist.

3. Aufgaben der Präsidentschaftskanzlei und des Bundeskanzleramtes

Die Erteilung des Auftrages zur Herstellung der im zweiten und vierten Abschnitt des EhrenzeichenG vorgesehenen Dekorationen, die Aufbewahrung derselben, die Ausfertigung der Beurkundungsdekrete und die Führung eines Verzeichnisses über die verliehenen Ehrenzeichen obliegt der Präsidentschaftskanzlei. Hinsichtlich des dritten Abschnitts des EhrenzeichenG kommen diese Aufgaben dem Bundeskanzleramt zu.

4. Verwaltungsabgaben

Für die Verleihung von Ehrenzeichen nach diesem Bundesgesetz werden keine Verwaltungsabgaben eingehoben.

5. Voraussetzungen für den Widerruf und die Aberkennung eines Ehrenzeichens sowie Verleihungshindernisse

- a) Wird die bzw. der nach diesem Bundesgesetz Ausgezeichnete durch ein inländisches Gericht
 - aa) wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener und von Amts wegen zu verfolgender gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer nicht bedingt nachgesehenen sechs Monate übersteigenden Freiheitsstrafe, oder zu einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe, oder
 - bb) wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen gegen Leib und Leben (§§ 75 bis 95 StGB), die Freiheit (§§ 99 bis 110 StGB) oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (§§ 201 bis 220b StGB), oder
 - cc) wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen gegen die Republik Österreich, deren verfassungsmäßige Einrichtungen oder Organe (§§ 242 bis 258 StGB, B) der
 - dd) wegen einer oder mehrerer nach dem Verbotsgesetz 1947 begangener strafbarer Handlungen rechtskräftig verurteilt, **gilt das Ehrenzeichen von Gesetzes wegen als widerrufen.**
- b) **Das Ehrenzeichen ist abzuerkennen, wenn** die bzw. der nach diesem Bundesgesetz Ausgezeichnete
 - aa) durch ein ausländisches oder internationales Gericht, das die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention oder vergleichbare Grundsätze beachtet, wegen strafbarer Handlungen, die auch in Österreich gerichtlich strafbar wären, im Sinne des Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. a rechtskräftig verurteilt wurde, oder
 - bb) eine führende Rolle in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), der Schutzstaffel (SS), der Sturmabteilung (SA), dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), dem Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), dem Nationalsozialistischen Soldatenring, dem Nationalsozialistischen Offiziersbund, der deutschen Wehrmacht, in sonstigen Gliederungen der NSDAP, ihr angeschlossenen Verbänden, anderen nationalsozialistischen Organisationen oder in der Verwaltung des nationalsozialistischen Regimes innehatte und sich aktiv an den Planungen oder der Ausführung von nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligte.
- c) Unbeschadet sonstiger Verleihungshindernisse dürfen Ehrenzeichen nicht an Personen verliehen werden, die die Voraussetzungen für den Widerruf nach Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. a oder die Aberkennung nach lit. b leg. cit. erfüllen.
- d) Das Organ, welches nach diesem Bundesgesetz die Verleihung der jeweiligen Auszeichnung vorzuschlagen hat, hat vor Erstattung des Vorschlages zu prüfen, ob ein Verleihungshindernis im Sinne des Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. a oder nach lit. b leg. cit. vorliegt. Das Organ ist in diesem Zusammenhang berechtigt, die in § 2 Abs. 1 Z 1 bis 6 Strafregistergesetz 1968 genannten personenbezogenen Daten gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 Strafregistergesetz 1968 aus dem Strafregister abzufragen und schriftlich dokumentiert zu verarbeiten. Bei Bundes-Ehrenzeichen kommt diese Befugnis dem jeweils sachlich zuständigen Mitglied der Bundesregierung zu. Das zuständige Organ darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Verleihungshindernissen verarbeiten. Es hat die Strafregisterauskünfte nach Verleihung des jeweiligen Ehrenzeichens oder sonst nach erfolgter Überprüfung ohne Verleihung des jeweiligen Ehrenzeichens unverzüglich zu löschen.

6. Vorgehensweise bei Widerruf eines Ehrenzeichens

- a) Jenes Organ, welches nach diesem Bundesgesetz die Verleihung der jeweiligen Auszeichnung vorzuschlagen hat, ist zur Überprüfung des Eintritts eines Widerrufs gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. a berechtigt, die in § 2 Abs. 1 Z 1 bis 6 Strafregistergesetz 1968 genannten personenbezogenen Daten gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 Strafregistergesetz 1968 aus dem Strafregister abzufragen und schriftlich dokumentiert zu verarbeiten. Es dürfen hierbei auch Daten über nicht getilgte strafgerichtliche Verurteilungen abgefragt werden, die einer beschränkten Auskunft gemäß § 6 Tilgungsgesetz unterliegen. Bei Bundes-Ehrenzeichen kommt diese Befugnis dem jeweils sachlich zuständigen Mitglied der Bundesregierung zu. Das zuständige Organ darf die personenbezogenen

Daten nur zu dem Zweck der Überprüfung des Eintritts eines Widerrufs verarbeiten. Es hat die Strafregistrauskünfte nach erfolgter Zurückstellung der Dekoration und des Beurkundungsdekrets oder sonst nach erfolgter Überprüfung ohne Widerruf gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. a unverzüglich zu löschen.

- b) Nach Widerruf eines Ehrenzeichens ist die bzw. der Ausgezeichnete von jenem Organ, welches das Ehrenzeichen verliehen hat, schriftlich aufzufordern, die Dekoration und das Beurkundungsdekret innerhalb angemessener Frist an die Präsidentschaftskanzlei bzw. das Bundeskanzleramt (Abschnitt I, Teil J, Ziffer 3) zurückzustellen.

7. Vorgehensweise bei Aberkennung eines Ehrenzeichens

- a) Die Aberkennung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich sowie des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst und des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst erfolgt durch die Bundespräsidentin bzw. den Bundespräsidenten auf Vorschlag jenes Organs, welches nach diesem Bundesgesetz die Verleihung der jeweiligen Auszeichnung vorzuschlagen hat. Die Aberkennung des Bundes-Ehrenzeichens erfolgt durch das sachlich zuständige Mitglied der Bundesregierung.
- b) Zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b ist jenes Organ, welches nach diesem Bundesgesetz die Verleihung der jeweiligen Auszeichnung vorzuschlagen hat, berechtigt, die in § 2 Abs. 1 Z 1 bis 6 Strafregistergesetz 1968 genannten personenbezogenen Daten gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 Strafregistergesetz 1968 aus dem Strafregister abzufragen und schriftlich dokumentiert zu verarbeiten. Es dürfen hierbei auch Daten über nicht getilgte strafgerichtliche Verurteilungen abgefragt werden, die einer beschränkten Auskunft gemäß § 6 Tilgungsgesetz unterliegen. Bei Bundes-Ehrenzeichen kommt dieses Befugnis dem jeweils sachlich zuständigen Mitglied der Bundesregierung zu. Das zuständige Organ darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck der Prüfung der Voraussetzung gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b verarbeiten. Es hat die Strafregistrauskünfte nach erfolgter Zurückstellung der Dekoration und des Beurkundungsdekrets bzw. im Falle des Abs. 5 nach erfolgter Veröffentlichung der Aberkennung oder sonst nach erfolgter Überprüfung ohne Aberkennung gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b unverzüglich zu löschen.
- c) Werden dem gemäß lit. b zuständigen Organ Tatsachen bekannt, die das Vorliegen von Aberkennungsvoraussetzungen vermuten lassen, hat dieses nach Vornahme einer ersten Prüfung der Schlüssigkeit der vorliegenden Informationen
 - aa) die bzw. den Ausgezeichneten tunlichst von der laufenden Prüfung der Aberkennung schriftlich in Kenntnis zu setzen und ihr bzw. ihm die Möglichkeit einzuräumen, innerhalb angemessener Frist hierzu Stellung zu nehmen,
 - bb) in den Fällen des Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b, sublit. aa eine Stellungnahme der bzw. des für europäische und internationale Angelegenheiten zuständigen Bundesministerin bzw. Bundesministers, und
 - cc) in den Fällen des Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b, sublit. bb eine Empfehlung des Ehrenzeichenbeirats (Ziffer 8) einzuholen.
- d) Nach Aberkennung eines Ehrenzeichens ist die bzw. der Ausgezeichnete von dem für die Aberkennung zuständigen Organ schriftlich aufzufordern, die Dekoration und das Beurkundungsdekret innerhalb angemessener Frist an die Präsidentschaftskanzlei bzw. das Bundeskanzleramt (Abschnitt I, Teil J, Ziffer 3) zurückzustellen.
- e) Ist die bzw. der Ausgezeichnete bereits verstorben, hat das für die Aberkennung zuständige Organ das Vorliegen der Aberkennungsvoraussetzung unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ehrenzeichenbeirates (Ziffer 8) festzustellen und auf geeignete Weise zu veröffentlichen.

8. Ehrenzeichenbeirat

- a) Der Ehrenzeichenbeirat wird beim Bundeskanzleramt eingerichtet. Ihm obliegt die Erstattung von schriftlichen Empfehlungen zur Frage der Aberkennung eines Ehrenzeichens gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 5 lit. b, sublit. bb.
- b) Der Ehrenzeichenbeirat besteht aus sieben Mitgliedern. Zwei Mitglieder werden von der Bundeskanzlerin bzw. vom Bundeskanzler bestellt, wovon ein Mitglied rechtskundig sein und ein Mitglied ein abgeschlossenes Geschichtsstudium sowie einschlägige Forschungen zur Zeitgeschichte, insbesondere zum Nationalsozialismus, aufweisen muss; weiters sind je ein Mitglied von der bzw. von dem für Kunst und Kultur zuständigen Bundesministerin bzw. Bundesminister, von der bzw. von

dem für Wissenschaft zuständigen Bundesministerin bzw. Bundesminister, von der bzw. von dem für europäische und internationale Angelegenheiten zuständigen Bundesministerin bzw. Bundesminister, von der bzw. von dem für Justiz zuständigen Bundesministerin bzw. Bundesminister und vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zu bestellen. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu bestellen. Dem Beirat haben mindestens 50% Frauen anzugehören.

- c) Den Vorsitz im Ehrenzeichenbeirat führt das von der Bundeskanzlerin bzw. vom Bundeskanzler bestellte rechtskundige Mitglied, im Verhinderungsfall sein stellvertretendes Mitglied. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder, darunter die bzw. der Vorsitzende oder ihr bzw. sein stellvertretendes Mitglied, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Der Beirat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Genehmigung der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers bedarf. Das Bundeskanzleramt unterstützt als Geschäftsstelle den Ehrenzeichenbeirat bei der Erfüllung seiner Aufgaben.
- d) Der Ehrenzeichenbeirat darf die an ihn übermittelten Strafregisterauskünfte und Stellungnahmen der Ausgezeichneten nur zu dem Zweck der Abgabe einer Empfehlung hinsichtlich Aberkennung eines Ehrenzeichens verarbeiten. Er hat die Strafregisterauskünfte sowie die Stellungnahmen von Ausgezeichneten nach Abgabe seiner Empfehlung unverzüglich zu löschen.
- e) Jene Mitglieder des Ehrenzeichenbeirates, die nicht der Amtsverschwiegenheit unterliegen, sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen in Ausübung ihrer Funktion als Ehrenzeichenbeiräte bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet.

9. Strafbestimmungen

- a) Das unbefugte Tragen von Ehrenzeichen oder deren Verwendung in einer seine Bedeutung herabwürdigenden Weise ist eine Verwaltungsübertretung und von der Bezirksverwaltungsbehörde, im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, von der Landespolizeidirektion, mit einer Geldstrafe von bis zu 1.000 Euro zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer sich unbefugt und in einer für Dritte wahrnehmbaren Weise als Besitzerin bzw. Besitzer eines Ehrenzeichens bezeichnet.
- b) Wer die Dekoration oder das Beurkundungsdekret eines Ehrenzeichens nach erfolgter schriftlicher Aufforderung gemäß Abschnitt I, Teil J, Ziffer 6 bzw. Abschnitt I, Teil J, Ziffer 7, lit. d nicht zurückstellt, ist mit einer Geldstrafe von bis zu 1.000 Euro zu bestrafen.

10. Inkrafttreten/Außerkräfttreten

- a) Das Ehrenzeichengesetz, BGBl. I Nr. 132/2023 tritt
 1. (Verfassungsbestimmung) hinsichtlich § 3 Abs. 2 und § 26 Z 2 mit 1. Jänner 2024 in Kraft;
 2. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen mit 1. Jänner 2024 in Kraft.
- b) Verordnungen auf Grund dieses Bundesgesetzes können bereits ab dem auf seine Kundmachung folgenden Tag erlassen werden; sie dürfen jedoch frühestens mit 1. Jänner 2024 in Kraft gesetzt werden.
- c) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes treten das Bundesgesetz über die Schaffung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, BGBl. Nr. 89/1952, das Bundes-Ehrenzeichengesetz, BGBl. I Nr. 44/2002, und das Bundesgesetz über die Schaffung eines Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst und eines Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst, BGBl. Nr. 96/1955, außer Kraft.
- d) Auf Ehrenzeichen, die aufgrund der in Abs. 3 angeführten Bundesgesetze verliehen wurden, finden die §§ 17 bis 24 Anwendung. § 18 gilt mit der Maßgabe, dass die Eigentumsverhältnisse an Ehrenzeichen nach dem Bundes-Ehrenzeichengesetz, BGBl. I Nr. 44/2002, und an Ehrenkreuzen nach dem Bundesgesetz über die Schaffung eines Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst und eines Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst, BGBl. Nr. 96/1955, welche vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes verliehen wurden, unberührt bleiben.

II. AUSZEICHNUNGEN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

A. Tapferkeitsmedaille

Das Militärauszeichnungsgesetz 2002 (MAG 2002), BGBl. I Nr. 168, idgF und die Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung vom 16. September 2024, BGBl. II Nr. 249/2024 über die Ausstattung und die Trageart der Tapferkeitsmedaille, regeln die Verleihung dieser Brustdekoration.

1. Verleihung

- a) Die Verleihung der Tapferkeitsmedaille obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung. Sie kann an Personen verliehen werden, die in unmittelbarer Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten während eines Einsatzes des Bundesheeres nach § 2 Abs. 1 lit. a, b oder d Wehrgesetz 2001 (WG 2001) ein bewusst angstüberwindendes Verhalten bei einer außergewöhnlichen Gefährdung für die eigene körperliche Unversehrtheit bei Kampfhandlungen oder unter Gewalteinwirkung gesetzt haben, das weit über das gewöhnliche Maß an Tapferkeit hinausgeht und somit in zumutbarer Weise nicht zu erwarten war.
- b) Eine mehrfache Verleihung der Tapferkeitsmedaille ist zulässig, wobei die Anzahl der Verleihungen laut Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung, BGBl. II Nr. 249/2024 durch eine entsprechende arabische Ziffer in Bronze (vergoldet) auf dem Band der Tapferkeitsmedaille kenntlich zu machen ist.
- c) Personen, denen die Tapferkeitsmedaille verliehen worden ist, haben eine Verleihungsurkunde zu erhalten. Die Tapferkeitsmedaille ist am dreieckig gefalteten Band an der linken Brustseite zu tragen. Das Tragen von Ordensspangen zur Uniform sowie das Tragen des Bandes in Form von Rosetten oder schmalen Leisten zur Zivilkleidung ist gestattet.
- d) Diese Personen sind berechtigt, sich als Besitzer dieser Auszeichnung zu bezeichnen.
- e) Die verliehene Tapferkeitsmedaille geht in das Eigentum des Ausgezeichneten über. Sie darf von anderen Personen nicht getragen und zu Lebzeiten des Eigentümers nicht an andere Personen übereignet werden.
- f) Die erfolgte Verleihung ist vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT **unverzüglich** zu speichern (**PVC V1, Code: 698**).

2. Ausschließung von der Verleihung

- a) Von der Verleihung sind Personen ausgeschlossen, die wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden.
- b) Der Ausschluss von der Verleihung gilt bis zur Tilgung der gerichtlichen Verurteilung.
- c) Werden später Tatsachen bekannt, die einer Verleihung entgegenstünden wären oder setzt die beliehene Person nachträglich ein Verhalten, das einer Verleihung entgegenstünde, so ist die Tapferkeitsmedaille abzuerkennen. Die Aberkennung obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung (BGBl. I Nr. 77/2024).

3. Antragstellung

- a) Die Anregung für eine entsprechende Beantragung hat für Wehrpflichtige des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheitendokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 11) zu erfolgen und ist mit einer ausführlichen Begründung auf dem Dienstweg dem BMLV/BPersAng vorzulegen. Auf die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 lit. a bis g angeführten allgemeinen Voraussetzungen ist keine Rücksicht zu nehmen.
- b) Die Erfüllung der Voraussetzungen zur Verleihung der **Tapferkeitsmedaille** sind auf Sachverhalte anwendbar, die ab dem 1. August 2015 verwirklicht wurden.

In diesem Zusammenhang wird auf den Erlass der Frau Bundesministerin für Landesverteidigung vom 30.09.2024, GZ S91228/155-BPersAng/2024 verwiesen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

B. Militär-Anerkennungsmedaille

Das Militärauszeichnungsgesetz 2002 (MAG 2002), BGBl. I Nr. 168, idgF sowie das Bundesministeri-umgesetz 1986 (BMG 1986) idgF und die Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung vom 16. September 2024, BGBl. II Nr. 249/2024 über die Ausstattung und die Trageart der Militär-Anerken-nungsmedaille, regeln die Verleihung dieser Brustdekoration.

1. Verleihung

- a) Die Verleihung der Militär-Anerkennungsmedaille obliegt dem Bundesminister für Landesver-teidigung. Sie kann an Personen verliehen werden, die sich durch hervorragende Leistungen auf militärischem oder zivilem Gebiet um die militärische Landesverteidigung besonders verdient gemacht haben.
- b) Eine mehrfache Verleihung der Militär-Anerkennungsmedaille ist zulässig, wobei die Anzahl der Verleihungen laut Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung, BGBl. II Nr. 344/2006, idgF durch eine entsprechende arabische Ziffer in Bronze auf dem Band der Medaille kenntlich zu machen ist.
- c) Personen, denen die Militär-Anerkennungsmedaille verliehen worden ist, haben eine Verleihungs-urkunde zu erhalten.
- d) Diese Personen sind berechtigt, sich als Besitzer dieser Auszeichnung zu bezeichnen und diese zur Uniform oder Zivilkleidung zu tragen.
- e) Die verliehene Militär-Anerkennungsmedaille geht in das Eigentum des Ausgezeichneten über. Sie darf von anderen Personen nicht getragen und zu Lebzeiten des Eigentümers nicht an andere Personen übereignet werden.
- f) Bei Angehörigen des Ressorts ist die erfolgte Verleihung vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT **unverzüglich** zu speichern (**PVC VI, Code: 695**).

2. Ausschließung von der Verleihung

- a) Von der Verleihung sind Personen ausgeschlossen, die wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz be-gangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden.
- b) Der Ausschluss von der Verleihung gilt bis zur Tilgung der gerichtlichen Verurteilung.
- c) Werden später Tatsachen bekannt, die einer Verleihung entgegenstünden wären oder setzt die beliehene Person nachträglich ein Verhalten, das einer Verleihung entgegensteht, so ist die Militär-Anerkennungsmedaille abzuerkennen. Die Aberkennung obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung.

3. Antragstellung

Die Anregung hat für Wehrpflichtige des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungen-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 12) zu erfolgen und ist mit einer ausführlichen Begründung auf dem Dienstweg dem BMLV/BPersAng vorzulegen. Auf die im Abschnitt I, Teil B, Ziffer 1 lit. a bis g angeführten allgemeinen Voraussetzungen ist keine Rücksicht zu nehmen.

Antragstellungen (auch Folgeanträge) für Wehrpflichtige des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes aufgrund von Leistungen auf militärischem Gebiet um die militärische Landesverteidigung sind grundsätzlich nur dann zulässig, sofern hierfür keine andere Auszeichnung des BMLV verliehen wurde bzw. in Betracht kommt. **In diesem Zusammenhang wird auf den Erlass des Bundesministers für Landesverteidigung vom 1. Oktober 2007, GZ S91228/79-PersB/2007 und die Änderung mit GZ S91228/159-BPersAng/2024 (2) verwiesen.**

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rück-sprache zu pflegen.

C. Verwundetenmedaille

Mit Bundesgesetz vom 11. Juni 1975, BGBl. Nr. 371/1975, idgF sowie der Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 11. Juli 1975, BGBl. Nr. 406/1975, idgF über die Ausstattung und die Art des Tragens wurde die Verwundetenmedaille geschaffen.

1. Die Verwundetenmedaille ist nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes
 - a) Personen, die dem Bundesheer angehören oder angehört haben,
 - b) Personen, die dem Bundesministerium für Inneres oder einer diesem nachgeordneten Dienstbehörde angehören oder angehört haben, zu verleihen.
2. Die Verleihung der Verwundetenmedaille obliegt hinsichtlich der im Ziffer 1 lit. a genannten Personen dem Bundesminister für Landesverteidigung, hinsichtlich der im Ziffer 1 lit. b genannten Personen dem Bundesminister für Inneres.
3. Die Verwundetenmedaille ist Personen zu verleihen, die
 - a) als Angehörige des Bundesheeres
 - aa) bei Kampfhandlungen während eines Einsatzes im Falle des § 2 Abs. 1 lit. a des Wehrgesetzes 2001 (WG 2001), BGBl. I Nr. 146/2001, oder
 - bb) infolge ihres Dienstes während eines Auslandseinsatzes gemäß § 1 des Bundesverfassungsgesetzes über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997,
 - b) als Angehörige des Bundesministeriums für Inneres oder einer diesem nachgeordneter Dienstbehörde infolge ihres Dienstes während eines Auslandseinsatzes gemäß § 1 des Bundesverfassungsgesetzes über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997, eine Körperbeschädigung durch unmittelbare oder mittelbare Einwirkung von Kampfmitteln (Verwundung) erlitten haben. Eine Verwundung begründet den Anspruch auf Verleihung der Verwundetenmedaille.
 - c) Personen, die ihre Verwundung infolge einer von ihnen begangenen gerichtlich strafbaren Handlung erlitten haben, sind von der Verleihung der Verwundetenmedaille ausgeschlossen.
4.
 - a) Die Verwundetenmedaille ist je nach der Schwere des Verwundungsgrades, als
 - aa) Verwundetenmedaille 1. Klasse, oder
 - bb) Verwundetenmedaille 2. Klassezu verleihen.

Verwundungen mit schweren Dauerfolgen begründen den Anspruch auf die **Verwundetenmedaille 1. Klasse**, sonstige Verwundungen den Anspruch auf die **Verwundetenmedaille 2. Klasse**. Mehrere Verwundungen, die durch ein und dasselbe Ereignis verursacht wurden, gelten als eine Verwundung. Für Verwundungen, die nicht auf ein und dasselbe Ereignis zurückzuführen sind, ist jeweils eine Medaille zu verleihen.
 - b) Eine Verwundung mit schweren Dauerfolgen liegt vor, wenn die Gesundheitsschädigung für immer oder für lange Zeit
 - aa) den Verlust oder eine schwere Schädigung der Sprache, des Sehvermögens, des Gehörs oder der Fortpflanzungsfähigkeit,
 - bb) eine erhebliche Verstümmelung oder eine auffallende Verunstaltung oder
 - cc) ein schweres Leiden oder Siechtum zur Folge hat.
5.
 - a) Die Verwundetenmedaille kann als Verwundetenmedaille im Inland verliehen werden, wenn ein dem Bundesministerium für Inneres oder einer nachgeordneten Dienstbehörde angehöriger Bediensteter in unmittelbarer Ausübung seiner dienstlichen Pflichten, ausgenommen Ausbildung und Teilnahme an Schulungs- und Übungseinsätzen, eine Körperbeschädigung erleidet, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit durch mindestens 30 Kalendertage zur Folge hat. Auf die Verleihung besteht kein Rechtsanspruch. Die Verleihung obliegt hinsichtlich der im Ziffer 1, lit. b genannten Personen der für den jeweiligen Bediensteten zuständigen Dienstbehörde oder Personalstelle im Bundesministerium für Inneres.
 - b) Ziffer 5, lit. a ist auch auf Soldaten anzuwenden, die während eines Assistenzeinsatzes nach § 2 Abs. 1 lit. b WG 2001 eine solche Körperbeschädigung erleiden. Diesfalls obliegt die Verleihung dem Bundesminister für Landesverteidigung.
6.
 - a) Die Verwundetenmedaille besteht aus einem Kleinod und einem Band. Im Falle einer wiederholten Verleihung der Verwundetenmedaille derselben Klasse ist die Zahl der Medaillen auf dem Band der zuletzt verliehenen Medaille durch die entsprechende Zahl färbiger Mittelstreifen ersichtlich zu machen, wobei mehr als vier Medaillen durch fünf Mittelstreifen zu kennzeichnen sind.

- b) Über die Verleihung der Verwundetenmedaille ist den Personen, denen die Verwundetenmedaille verliehen worden ist, eine Urkunde auszustellen.
 - aa) Der jeweils zuständige Bundesminister und die sonstigen mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes betrauten Behörden dürfen im Zusammenhang mit der Verleihung einer Verwundetenmedaille Grunddaten und Gesundheitsdaten nach § 55a Abs. 1 Z 1 und 2 WG 2001 von Personen, die für eine Verwundetenmedaille in Betracht kommen, verarbeiten, sofern die jeweiligen Daten zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.
 - c) Personen, denen die Verwundetenmedaille verliehen worden ist, sind berechtigt, diese zur Uniform oder zur Zivilkleidung zu tragen. Im Falle einer wiederholten Verleihung der Medaille derselben Klasse darf nur die zuletzt verliehene Medaille getragen werden.
 - d) Die näheren Bestimmungen über die Ausstattung und die Art des Tragens der Verwundetenmedaille sind hinsichtlich der Verwundetenmedaille,
 - aa) die an Personen, die dem Bundesheer angehören oder angehört haben, zu verleihen ist, durch eine Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung (BGBl. 406/1975),
 - bb) die an Personen, die dem Bundesministerium für Inneres oder einer diesem nachgeordneten Dienstbehörde angehören oder angehört haben, zu verleihen ist, durch eine Verordnung des Bundesministers für Inneres zu erlassen.
 - e) Personen, denen die Verwundetenmedaille verliehen worden ist, sind berechtigt, sich als Besitzer der Verwundetenmedaille zu bezeichnen. Andere Vorrechte sind mit dem Besitz der Verwundetenmedaille nicht verbunden.
 - f) Die Verwundetenmedaille geht in das Eigentum der Person, der sie verliehen worden ist, über. Sie darf von anderen Personen nicht getragen und zu Lebzeiten des Besitzers nicht in das Eigentum anderer Personen übertragen werden.
- 7.
- a) Die mit der Verleihung der Verwundetenmedaille verbundenen Kosten sind von Amts wegen zu tragen.
 - b) Eingaben um Verleihung der Verwundetenmedaille und Zeugnisse, die zum Zwecke der Geltendmachung des Anspruches auf Verleihung der Verwundetenmedaille ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren, den Bundesverwaltungsabgaben sowie den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren befreit.
8. Wer den Bestimmungen der Ziffer 6, lit. c, e oder f oder einer nach Ziffer 6, lit. d erlassenen Verordnung zuwiderhandelt oder die Verwundetenmedaille in einer ihre Bedeutung herabwürdigenden Weise verwendet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde, im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, von der Landespolizeidirektion, mit einer Geldstrafe bis zu 220 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu zwei Wochen, zu bestrafen.
9. Dieses Bundesgesetz findet auch auf Verwundungen im Sinne der Ziffer 3a Anwendung, die Personen als Angehörige des Bundesheeres oder einer Sicherheitsbehörde vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes erlitten haben.
10. Für die Antragstellung ist das Muster unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnung-sangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 8) zu verwenden.
11. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich der Ziffer 7, lit. b, soweit es sich um Stempelgebühren handelt, der Bundesminister für Finanzen, soweit es sich um Bundesverwaltungsabgaben handelt, der Bundeskanzler und soweit es sich um Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren handelt, der Bundesminister für Justiz, im übrigen, soweit die Bestimmungen
- a) Personen, die dem Bundesheer angehören oder angehört haben, betreffen, der Bundesminister für Landesverteidigung,
 - b) Personen, die dem Bundesministerium für Inneres oder einer diesem nachgeordneten Dienstbehörde angehören oder angehört haben, betreffen, der Bundesminister für Inneres betraut.
12. Die erfolgte Verleihung ist vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT unverzüglich zu speichern (PVC VI, Code: 118 = VerwundM I.Klasse oder Code: 119 = VerwundM II.Klasse).
In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

D. Wehrdienst-Auszeichnungen und Einsatzmedaille

Das Militärauszeichnungsgesetz 2002 (MAG 2002), BGBl. I Nr. 168, idgF und die Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die militärischen Auszeichnungen, (Militärauszeichnungsverordnung 2024 – MAV 2024), BGBl. II Nr. 249/2024, über die Ausstattung und die Trageart, regeln die Verleihungen der

- **Wehrdienstmedaillen** zur Würdigung der Leistung des Grundwehrdienstes, des Ausbildungsdienstes sowie von Truppen-, Kader- oder Milizübungen,
- **Wehrdienstzeichen** zur Würdigung langjähriger Dienstleistungen im Bundesheer sowie der
- **Einsatzmedaillen** zur Würdigung von Dienstleistungen in einem Einsatz des Bundesheeres nach § 2 Abs. 1 WG 2001

1. Verleihung der Wehrdienstmedaillen

- a) Die **Verleihung der Wehrdienstmedaille, hinsichtlich der Stufe in Bronze, obliegt** dem zuständigen Kommandanten des Truppenkörpers und ist an Personen zu verleihen, die den Grundwehrdienst oder den Ausbildungsdienst in der Dauer von sechs Monaten geleistet haben.
- b) Die **Verleihung der Wehrdienstmedaille, hinsichtlich der Stufe in Silber, obliegt** dem Militärkommandanten und ist an Personen zu verleihen, die nach dem
- c) Grundwehrdienst Truppen-, Kader- oder Milizübungen im Gesamtausmaß von 30 Tagen geleistet haben.
- d) Die **Verleihung der Wehrdienstmedaille, hinsichtlich der Stufe in Gold, obliegt** dem Militärkommandanten und ist an Personen zu verleihen, die nach dem Grundwehrdienst Truppen-, Kader- oder Milizübungen im Gesamtausmaß von 60 Tagen geleistet haben.
- e) Eine mehrfache Verleihung einer Wehrdienstmedaille ist nicht zulässig.

2. Verleihung der Wehrdienstzeichen

- a) Die Verleihung der Wehrdienstzeichen obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung. Das Wehrdienstzeichen ist an Personen zu verleihen, die Wehrdienstleistungen erbracht haben
 - aa) als Berufsoffizier oder
 - bb) als zur Ausübung einer Unteroffiziersfunktion herangezogener Beamter oder Vertragsbediensteter oder
 - cc) als Militärperson oder
 - dd) als Militärpilot auf Zeit oder
 - aaa) als Militär-VB oder
 - bbb) als Auslandseinsatz-VB oder
 - ee) im Wehrdienst als Zeitsoldat oder
 - ff) im Ausbildungsdienst ab dem siebenten Monat dieses Wehrdienstes oder
 - gg) im Auslandseinsatzpräsenzdienst oder
 - hh) im Dienstverhältnis als zeitverpflichteter Soldat (§ 10 des Wehrgesetzes 1978 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 50/1978) oder
 - ii) in einer Verwendung in Offiziersfunktion (§ 12 des Wehrgesetzes 1978 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 150/1978) oder
 - jj) im freiwillig verlängerten Grundwehrdienst (§ 32 des Wehrgesetzes 1978 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 150/1978) oder
 - kk) in freiwilligen Waffenübungen oder Funktionsdiensten oder
 - ll) in Truppenübungen oder
 - mm) in Kaderübungen oder
 - nn) in Milizübungen.
- b) Personen, die Wehrdienstleistungen nach Ziffer 2 lit. a erbracht haben, ist zu verleihen
 - aa) das **Wehrdienstzeichen 3. Klasse** für Dienstleistungen im Gesamtausmaß von **5 Jahren**,
 - bb) das **Wehrdienstzeichen 2. Klasse** für Dienstleistungen im Gesamtausmaß von **15 Jahren**, sowie
 - cc) das **Wehrdienstzeichen 1. Klasse** für Dienstleistungen im Gesamtausmaß von **25 Jahren**;
- c) Die Leistung von Truppen-, Kader- und Milizübungen kommt für eine Würdigung durch ein Wehrdienstzeichen nur insoweit in Betracht, als solche Präsenzdienstleistungen **über das für die Verleihung der Wehrdienstmedaille in Gold erforderliche Gesamtausmaß hinausgehen**.
- d) Bei freiwilligen Waffenübungen, Funktionsdiensten, Truppen-, Kader- oder Milizübungen entspricht eine Dauer der Präsenzdienstleistung von 12 Tagen als Voraussetzung für die Verleihung einem Jahr des jeweils für die einzelnen Klassen erforderlichen Gesamtausmaßes; ergeben sich bei solchen

Präsenzdienstleistungen nach dieser Berechnung nicht volle Jahre, so sind sie im Verhältnis von einem Tag für einen Monat des erwähnten Gesamtausmaßes zu berücksichtigen.

- e) Wehrdienstzeichen, für deren Verleihung freiwillige Waffenübungen, Funktionsdienste, Truppen-, Kader- oder Milizübungen berücksichtigt werden, dürfen nicht vor Ablauf des für die einzelnen Klassen erforderlichen **Gesamtausmaßes von 5, 15 und 25 Jahren** ab der Entlassung aus dem vollständig geleisteten Grundwehrdienst verliehen werden.
- f) Für die Verleihung von Wehrdienstzeichen an Frauen werden freiwillige Waffenübungen und Funktionsdienste berücksichtigt. Anstelle des Zeitpunktes der Entlassung aus dem vollständig geleisteten Grundwehrdienst tritt jedoch jener Zeitpunkt, an dem der Ausbildungsdienst in der Gesamtdauer von sechs Monaten geleistet wurde.
- g) Dienstleistungen in den zur Gendarmeriegrundausbildung bestimmten Gendarmerieschulen während der Zeit vom 1. August 1952 bis 22. September 1955 sind auf das für die Verleihung eines Wehrdienstzeichens erforderliche Gesamtausmaß anzurechnen. Solche Dienstleistungen sind am Wehrdienstzeichen durch eine besondere Kennzeichnung hervorzuheben.

3. Verleihung der Einsatzmedaillen

- a) Die Verleihung der Einsatzmedaillen obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung. Die Einsatzmedaille ist an **Personen** zu verleihen, die während eines Einsatzes des Bundesheeres nach § 2 Abs. 1 WG 2001 herangezogen wurden. Dabei gilt Folgendes:
 - aa) Bei Einsätzen nach § 2 Abs. 1 lit. a WG 2001 gebührt die Einsatzmedaille in jedem Fall.
 - bb) Bei Einsätzen nach § 2 Abs. 1 lit. b WG 2001, gebührt die Einsatzmedaille
 - aaa) bei einer Mindestdauer der Heranziehung zum Einsatz von vier Wochen oder
 - bbb) jedenfalls, sofern der Einsatz unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder unter erheblicher physischer oder psychischer Belastung der zum Einsatz herangezogenen **Personen** erfolgte. (BGBl. I Nr. 77/2024)
 - cc) Bei Einsätzen nach § 2 Abs. 1 lit. c WG 2001 gebührt die Einsatzmedaille, sofern die Voraussetzungen nach lit. bb sublit. bbb vorliegen.
 - dd) Bei Einsätzen nach § 2 Abs. 1 lit. d WG 2001 gebührt die Einsatzmedaille, sofern
 - aaa) eine der Voraussetzungen nach lit. bb vorliegt und
 - bbb) für einen solchen Einsatz keine sichtbare Auszeichnung von dritter Seite erfolgte.
 - ee) Eine mehrfache Verleihung der Einsatzmedaille ist zulässig.

4. Antragstellung und Durchführungsbestimmungen

- a) **Wehrdienstmedaillen aller Stufen (WDM)**
 - aa) Die Durchführung des Verleihungsverfahrens hinsichtlich der Stufe **in Bronze** obliegt den zuständigen Kommandanten der Truppenkörper bzw. Leitern selbstständiger Standeskörper, die der **in Silber und Gold** den jeweils zuständigen Militärkommandanten.
 - bb) An Personen, die **vor dem Inkrafttreten** des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1963, BGBl. Nr. 203/1963, die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt haben (Einrückungsturnusse 1956 bis 1963), in die Reserve versetzt wurden und keine Wehrdienstmedaille in Bronze erhalten haben, obliegt die Verleihung dem zuständigen Militärkommandanten.
 - cc) Die zuständigen Kommandanten bzw. Leiter der Standeskörper haben zu prüfen, ob für die in Frage kommenden Personen die in diesem Erlass im Abschnitt II, Teil D, Ziffer 1 angeführten gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und keine Ausschließungsgründe nach Ziffer 5 vorliegen.
 - dd) Die ermittelten Personen sind in EDV-Listen unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 1) mit Angabe der Lfd.Nr., des Dienstgrades, des Familiennamens, des Vornamens und der LVId-Nummer sowie allfälliger Anmerkungen aufzunehmen und zweifach auszufertigen. Die Erstaufbereitung verbleibt nach erfolgter Überreichung bei der zuständigen Dienststelle, die Zweitaufbereitung (Kopie) ist über das Militärkommando (MilKdo), das die Abbuchung vom Lagerbestand der betreffenden Dienststelle vorzunehmen und den entsprechenden Abbuchungsvermerk anzubringen hat, dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen.
 - ee) Wird gegen eine Person, für die eine Verleihung in Betracht kommt, zwischen Antragstellung und Ausfolgung ein strafrechtliches Verfahren hinsichtlich eines Deliktes, das einen Ausschließungsgrund gemäß Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5 dieses Erlasses darstellt, oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet, hat die Überreichung vorerst zu unterbleiben.

Nach Abschluss dieses Verfahrens ist das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen hinsichtlich der Ausschließungsgründe neuerlich zu prüfen und gegebenenfalls die Verleihung durchzuführen. Ergibt die Prüfung, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, sind in beiden Ausfertigungen der Antragslisten darüber entsprechende Anmerkung zu machen und die bereits geschriebenen Verleihungsurkunden zu vernichten.

- ff) Die Dekrete über Verleihungen der **WDM in Bronze** unter <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 2 und 3) sind vom jeweils zuständigen Kommandanten des Truppenkörpers bzw. Leiter des selbstständigen Standeskörpers, die Dekrete über Verleihungen der **WDM in Silber und Gold** (siehe Anlage 1, Formular 4 und 5) sind vom jeweils zuständigen Militärkommandanten zu unterfertigen.
- gg) Die erfolgte Verleihung ist vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT **unverzüglich** zu speichern.
- hh) Die Überreichung der Wehrdienstmedaille samt Verleihungsurkunde und Merkblatt <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 7) ist bei **WDM in Bronze** jeweils am Ende des Grundwehr- od. Ausbildungsdienstes, bei **WDM in Silber und Gold** am Ende von Truppen-, Kader- oder Milizübung vom zuständigen Kommandanten oder dessen Stellvertreter möglichst vor angetretener Truppe in würdiger Form vorzunehmen.
- ii) Für den in Abs. 4 lit. a sublit. bb angeführten Personenkreis kommen für die Überreichung der Wehrdienstmedaille in Bronze folgende Möglichkeiten in Betracht:
- durch einen Offizier der Ergänzungsabteilung des zuständigen Militärkommandos im Einzelfall,
 - anlässlich von Truppen-, Kader- oder Milizübung durch den höchstanwesenden Offizier oder
 - in **Fällen**, bei denen trotz mehrmaliger Versuche eine persönliche Überreichung nicht erfolgen konnte, ist die Ausfolgung auf dem Postweg („eingeschrieben“) durch das zuständige MilKdo vorzunehmen. Auf der Postsendung ist der deutlich lesbare Stempelaufdruck „**Verleihung der Wehrdienstmedaille**“ anzubringen. Der Zustellnachweis ist jahrgangsweise alphabetisch gesondert abzulegen.
- jj) Im Verleihungsverfahren ausbildungsdienstleistender Frauen und Wehrpflichtige sind o.a. Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.
- kk) Bei Übersendung von Grundbüchern zwischen den einzelnen MilKden infolge eines Wechsels des ordentlichen Wohnsitzes hat das überweisende dem neu zuständigen MilKdo bekannt zu geben, ob für die betreffende Person ein Verleihungsverfahren läuft.
- ll) Die durch die MilKden auf Lager gehaltenen **Wehrdienstmedaillen aller Stufen sind streng verrechenbar**. Die Kommandanten der verleihenden Dienststellen tragen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Verleihungs- bzw. Versandverfahrens sowie für die Verwaltung des Lagerbestandes der Wehrdienstmedaillen aller Stufen die volle Verantwortung. Sie haben jeweils in den Monaten November und Dezember jeden Jahres direkt bei der Heeresbekleidungsanstalt (HBA BRUNN) vorausschauend jene Anzahl an Wehrdienstmedaillen anzufordern, die für die Verleihung an die Wehrpflichtigen des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes für das der Bestellung nachfolgende Kalenderjahr, unter Berücksichtigung der Abrüstungstermine und der Jahreswaffenübungsprogramme, erfahrungsgemäß erforderlich sind. Die Stückzahl ist auf volle Hundert aufzurunden. Ein im Zuge der Verleihung ergebender Restbestand ist bei der nächsten Bestellung mit zu berücksichtigen. **Eine Hortung von Wehrdienstmedaillen bei der Truppe oder den MilKden ist unbedingt zu vermeiden**. Somit obliegt ihnen auch die alleinige Entscheidung über die Art und Weise des zu erbringenden Nachweises der korrekten Überreichung. Hierbei muss nur sichergestellt sein, dass die Überreichung bzw. Nichtüberreichung in den EDV-Listen, welche nach Vollzug dem **BMLV/BPersAng** halbjährlich vorzulegen sind, klar ersichtlich und nachvollziehbar ist. Etwaige Unstimmigkeiten in der Verrechnung sind zwischen den zuständigen MilKden und der HBA BRUNN **direkt** zu bereinigen.
- mm) Die MilKden haben unter Anbringen eines entsprechenden Vermerkes die Abbuchung vom Lagerbestand der betreffenden Dienststellen vorzunehmen und unter Beischluss der Lagerbestandsmeldung bis spätestens **15. Jänner bzw. 15. Juli eines Kalenderjahres** die Zweitschriften (Kopien) der Listen <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnung->

sangelegenheiten-dokumente, (siehe Anlage 1, Formular 1) bzw. EDV-Listen dem BMLV/BPersAng als Grundlage für die bundesheerweite Beschaffung der Kleinodien vorzulegen. Die Meldung hat den alten Lagerbestand, die von der HBA BRUNN zugewiesene Menge, die verliehenen Wehrdienstmedaillen und den tatsächlichen Lagerbestand zu enthalten.

- mn) Die für das jeweilige Verleihungsverfahren erforderlichen Druckvorlagen (Dekret und Merkblatt) sind über Intranet (<https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsan-gelegenheiten-dokumente>) herunterzuladen. Hierbei sind in den vorgesehenen Spalten vom zuständigen Truppenkörper bzw. MilKdo die entsprechenden Daten (Truppenkörper, MilKdo, Zahl, Ort, Datum, Dgrd, AkGrd, Vor- und Zuname der Auszuzeichnenden sowie Name und Dgrd des Kdten) einzutragen und direkt auf Dekretpapier auszudrucken.
- oo) Eine mehrfache Verleihung einer Wehrdienstmedaille ist nicht zulässig.
- b) **Wehrdienstzeichen aller Klassen (WDZ) für Wehrpflichtige des Präsenzstandes**
- aa) Die Antragstellung hat über PERSIS/ERGIS-NT mittels PVC L2 zu erfolgen. Bei Angehörigen der Zentraleitung wird das Verleihungsverfahren von Amts wegen wahrgenommen. **Wichtige, die Person des Auszuzeichnenden betreffende Veränderungen, die sich nach der Antragstellung ergeben, sind unverzüglich dem BMLV/BPersAng zu melden.**
- Zur Sicherstellung der zeitgerechten Verleihung sind die PVC L2-Anträge bis **spätestens drei Monate** vor dem Verleihungstichtag einzubringen. **Für den Fall einer verspäteten Antragstellung darf beim Absetzen ausschließlich ein aktuelles Datum eingegeben und nicht bestätigt werden.**
- bb) Die zuständigen Kommandanten bzw. Leiter der Standeskörper haben zu prüfen, ob für die in Frage kommenden Personen die in diesem Erlass im Abschnitt II, Teil D, Ziffer 2 angeführten gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und keine Ausschließungsgründe nach Ziffer 5 vorliegen.
- cc) Wird gegen eine Person, die für die Verleihung in Betracht kommt, zwischen Antragstellung und Ausfolgung ein strafrechtliches Verfahren hinsichtlich eines Deliktes, das einen Ausschließungsgrund gemäß Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5 dieses Erlasses darstellt, ein Disziplinarverfahren eingeleitet oder diese Person wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, hat die Überreichung bis zur wiedererlangten Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen zu unterbleiben.
- dd) Die Überreichung des Wehrdienstzeichens samt Verleihungsurkunde und Merkblatt hat durch den zuständigen Kommandanten bzw. Leiter des Standeskörpers oder beauftragten Stellvertreter möglichst vor angetretener Truppe in würdiger Form zu erfolgen. Bei Nichtüberreichung ist das Dekret samt Insignie dem BMLV/BPersAng rück zu übermitteln.
- ee) Die unterfertigten Dekretabschriften sind, weil es sich bei den Wehrdienstzeichen aller Klassen um **streng verrechenbare** Güter handelt, als Übergabebeleg **ohne An- oder Begleitschreiben** dem BMLV/BPersAng **zwecks erforderlicher Speicherung** zu übersenden.
- c) **Wehrdienstzeichen aller Klassen (WDZ) für Wehrpflichtige des Miliz- und Reservestandes**
- aa) Die Durchführung des Verleihungsverfahrens wird grundsätzlich für alle Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes vom BMLV/BPersAng **von Amts wegen** wahrgenommen.
- bb) Bis zum Dienstgrad „**Zugsführer**“ hat jedoch vom zuständigen MilKdo die Übermittlung der erforderlichen Daten für das vorzunehmende Verleihungsverfahren an das BMLV/BPersAng zu erfolgen.
- cc) Für die Verleihung von Wehrdienstzeichen an Frauen, die nach geleistetem Ausbildungsdienst die notwendige Anzahl an freiwilligen Waffenübungen oder Funktionsdiensten erbringen, hat das HPA unabhängig vom Dienstgrad, die erforderlichen Daten für das Verleihungsverfahren an das BMLV/BPersAng zu übersenden.
- dd) Auf Grund des Vorliegens eines ständig aktuellen Informationsstandes über anfallende Übungsvorhaben der Mobverbände haben die Ergänzungsabteilungen der MilKden die vom BMLV zugestellten Wehrdienstzeichen samt Verleihungsurkunden und Merkblätter an die mobvKden – nach Möglichkeit zum Zeitpunkt von Übungsvorhaben der Auszuzeichnenden zur feierlichen Überreichung vor angetretener Truppe – weiterzuleiten.
- Nach erfolgter Überreichung sind die von den Ausgezeichneten unterfertigten Durchschriften wieder an die ErgAbten zurück zu senden.** Die von den ErgAbten gesammelten Dekretabschriften sind, weil es sich bei Wehrdienstzeichen um **streng verrechenbare** Güter handelt, dem BMLV/BPersAng als Übergabebeleg **ohne An- bzw. Begleitschreiben** zu übermitteln. Die Verleihung ist unverzüglich im PERSIS/ERGIS-NT zu speichern.

ee) Die **Zusendung auf dem Postweg** sollte sich bei Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes im Hinblick auf die besondere Bedeutung und den ideellen Wert, den das Wehrdienstzeichen zur Motivation der Truppe beiträgt, nur auf Ausnahmefälle beschränken. Die Weiterleitung an die mobverantwortlichen Kommanden bzw. auf dem Postweg ist so vorzunehmen, dass ein Verlust oder eine Beschädigung ausgeschlossen werden kann.

d) Einsatzmedaillen aller Einsatzfälle

aa) Die Einleitung der Auszeichnungsverfahren aller Einsätze nach § 2 Abs. 1 WG 2001, mit Ausnahme von lit. a (BGBl. I Nr. 56/2001, Art. 6 Z 9, ab 1.7.2001), obliegt grundsätzlich dem jeweils einsatzführenden Kommando. Dieses hat in jeden Fall zu prüfen, ob für die in Frage kommenden Personen die im Abschnitt II, Teil D, Ziffer 3 angeführten gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, keine Ausschließungsgründe nach Ziffer 5 vorliegen sowie die Datenwahrheit der angeführten Personen gegeben ist.

bb) Im Fall des Einsatzes nach § 2 Abs. 1 lit. b WG 2001 gebührt angesichts der im Gesetz zitierten Anspruchsvoraussetzungen die Einsatzmedaille nur bei einer Mindestdauer von 4 Wochen der jeweiligen Heranziehung zum Einsatz, oder jedenfalls wie auch im Fall des Einsatzes nach § 2 Abs. 1 lit. c WG 2001, sofern der Einsatz unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder erheblicher physischer oder psychischer Belastung erfolgte. Allgemeine einsatztypische Gefährdungen und Belastungen erfüllen demnach nicht den Verleihungsstatbestand.

- **Unter besonders gefährlichen Verhältnissen** sind insbesondere Situationen zu verstehen, bei denen die eingesetzten Soldaten während ihrer einsatzmäßigen Tätigkeiten durch von außen einwirkende Gefahrenquellen zu Schaden kommen könnten (wie z.B. Lawinen-, Murenabgänge oder Überflutung von hoher Intensität und enormer Tragweite oder herabstürzende Bauelemente, Windbrüche, Explosions-, Brand-, Seuchen- oder Erdbebengefahr oder Ausfluss hoch giftiger chemischer Substanzen etc.).
- **Unter erheblicher physischer oder psychischer Belastung** sind insbesondere Tätigkeiten zu verstehen, die entweder über einen längeren Zeitraum (über das normale Maß hinaus) oder unter schwierigsten Bedingungen oder enormem Zeitdruck erfolgen oder durch menschliche Tragödien (wie z.B. die Beseitigung von Leichen oder der Abtransport von Schwerverletzten, Eingeschlossenen oder verängstigten Personen sowie deren Versorgung und Betreuung) beeinflusst werden.

cc) Im Fall des Einsatzes **nach § 2 Abs. 1 lit. d WG 2001** kommen nur solche Einsätze in Betracht, bei denen seitens der jeweils verantwortlichen internationalen Organisation (UN-, NATO- oder EU) keine sichtbare Auszeichnung überreicht wurde. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des **Abschnitt II, Teil D, Ziffer 3, lit. dd sinngemäß**.

dd) Je nach Einsatzfall sind vom einsatzführenden Kommando die zur Einleitung des Auszeichnungsverfahrens ermittelten Personen in eine hierfür als EXCEL-Datei vorgesehene Liste <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 6) aufzunehmen und auf dem Dienstweg dem BMLV/BPersAng vorzulegen. Das Formular 6 ist gemäß der „Legende“ auszufüllen, die Anzahl der nach dem 1.1.2002 (lit. b bis d) geleisteten Einsätze gleicher Art muss eingetragen werden, wobei der aktuelle Einsatz mitzuzählen ist.

aaa) Der am **15. September 2015** begonnene Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres (AssE des ÖBH), im Rahmen des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes (sihpolAssE) Migration, ist gemäß § 2 Abs. 1 lit. b des Wehrgesetzes 2001 als ein laufender durchgehender Einsatz zu sehen, für welchen nur eine Einsatzmedaille verliehen wird.

ee) Im Zuge des Verfahrens ist von HBA BRUNN die entsprechende Anzahl der für den Einsatz vorgesehenen Insignien anzufordern. Das einsatzführende Kommando trägt hier für die ordnungsgemäße Abwicklung des Verleihungs- und Versandverfahrens sowie für die Verwaltung des Lagerbestandes der Einsatzmedaillen aller Einsatzfälle die volle Verantwortung. Etwaige Unstimmigkeiten in der Verrechnung sind zwischen dem einsatzführenden Kommando und der HBA BRUNN direkt zu bereinigen.

ff) In allen Einsatzfällen werden die unterfertigten Verleihungsdekrete zur Ausfolgung an das einsatzführende Kommando übermittelt. Die Verleihungsdekrete werden seitens **BMLV/BPersAng** mit GZ und Datum, sowie der eingescannten Unterschrift der/des Frau/Herrn Bundesminister erstellt. Der Dienstgrad, Vor- und Zuname ist durch das zuständige MilKdo bzw. Truppenkörper zu ergänzen und samt Insignien und Merkblätter auszufolgen.

Die Überreichung hat nach Beendigung des Einsatzes in geeigneter Form durch den jeweiligen Kommandanten zu erfolgen, kann jedoch im Einzelfall entsprechend Situation und Lage gesondert angeordnet werden. Zur Bestätigung der Ausfolgungen der Verleihungsdekrete samt Insignien und der PERSIS-Speicherungen ist die Namensliste mit Datum und Unterschrift des Kommandanten dem **BMLV/BPersAng** ohne Begleitschreiben rück zu mitteln.

- gg) Wird gegen eine Person, für die eine Verleihung in Betracht kommt, zwischen Antragstellung und Ausfolgung ein strafrechtliches Verfahren hinsichtlich eines Deliktes, das einen Ausschließungsgrund gemäß Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5 dieses Erlasses darstellt oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet, so hat die Überreichung vorerst zu unterbleiben.
Nach Abschluss dieses Verfahrens ist das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen hinsichtlich der Ausschließungsgründe neuerlich zu prüfen und gegebenenfalls die Verleihung durchzuführen. Ergibt die Prüfung, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, ist mit entsprechender Anmerkung die bereits geschriebene Verleihungsurkunde an das **BMLV/BPersAng**, die Insignie an HBA BRUNN rückzusenden.
- hh) Bei mehrfachen Verleihungen der Einsatzmedaille gleicher Art ist gemäß Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die militärischen Auszeichnungen, (Militärauszeichnungsverordnung 2024 – MAV 2024), BGBl. II Nr. 249/2024, die Anzahl der Verleihungen für die einzelnen Einsatzfälle durch eine entsprechende arabische Ziffer auf dem Band der Einsatzmedaille kenntlich zu machen, die ebenfalls über HBA BRUNN anzufordern ist und mit einem Verleihungsdekret überreicht wird.
- ii) Die erfolgte Verleihung ist vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT **unverzüglich** zu speichern (**PVC V1, Code: für lit. a = 690, lit. b = 691, lit. c = 692 und lit. d = 693**). Sollte dies nicht mehr möglich sein (bereits abgerüstet) liegt deren Vollzug bei den zuständigen Ergänzungsabteilungen.
- jj) Das einsatzführende Kdo hat in allen Einsatzfällen die Abbuchung der verliehenen Einsatzmedaillen von der zugewiesenen Menge vorzunehmen und nach Anbringen eines entsprechenden Abbuchungsvermerkes die an die HBA BRUNN zurückgestellte sowie verliehene Insignienanzahl mittels einer Meldung bis spätestens **15. Jänner bzw. 15. Juli eines Kalenderjahres** dem **BMLV/BPersAng** als Grundlage für die bundesheerweite Beschaffung der Kleinodien samt Bändern vorzulegen.
- kk) Mit Ausnahme des Einsatzes nach § 2 Abs. 1 lit. a WG 2001 (an der österreichisch-slowenischen Staatsgrenze im Jahre 1991) sowie nach § 12 Abs. 1 Z 2 lit. b MAG 2002 sind keine rückwirkenden Verleihungen möglich. (Siehe Abschnitt II, Teil D, Ziffer 6 lit. i)

5. Ausschließung von der Verleihung

- a) Von der Verleihung der Wehrdienstmedaille sind Personen ausgeschlossen, die
 - aa) wegen einer oder mehrerer nach dem Militärstrafgesetz, BGBl. Nr. 344/1970, idgF. gerichtlich strafbarer Handlungen verurteilt wurden oder
 - bb) wegen einer Pflichtverletzung nach dem Heeresdisziplinalgesetz 2014 (HDG 2014), BGBl. I Nr. 2/2014, idgF mit einer anderen Disziplinarstrafe als dem Verweis, einer Geldbuße oder einem Ausgangsverbot bis zu sieben Tagen bestraft wurden.
- b) Von der Verleihung des Wehrdienstzeichens und der Einsatzmedaille sind Personen ausgeschlossen, die
 - aa) nach lit. a von der Verleihung der Wehrdienstmedaille ausgeschlossen sind oder
 - bb) wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener gerichtlich strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden.
- c) Der Ausschluss von der Verleihung gilt bis zur Tilgung der gerichtlichen Verurteilung sowie für die Dauer der Vollstreckung der verhängten Disziplinarstrafe, zumindest jedoch für die Dauer von drei Jahren ab der Rechtskraft des Disziplinarerkenntnisses, mit dem diese Disziplinarstrafe verhängt wurde.

6. Straf-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

- a) Wer vorsätzlich nach § 3 Abs. 2 und 3 oder der nach § 2 des MAG 2002 zu erlassenden Verordnung zuwiderhandelt oder eine militärische Auszeichnung sonst in einer ihre Bedeutung herabwürdigenden Weise verwendet, begeht – sofern die Tat nicht den Tatbestand einer gerichtlich strafbaren Handlung bildet – eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde, im Gebiet einer Gemeinde, für das die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist, von der Landespolizeidirektion, mit Geldstrafe bis zu 220 € zu bestrafen (BGBl. I Nr. 50/2012).

- b) Für Personen, die vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 272/1971, an Inspektionen oder Instruktionen nach § 33 a WG in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. I Nr. 221/1962, 185/1966 und 96/1969, im Gesamtausmaß von mindestens zwölf Tagen teilgenommen haben, gelten für die Erlangung der Wehrdienstmedaille in Silber - abweichend vom § 10 Abs. 2 MAG - die Voraussetzungen für die Verleihung der Wehrdiensterrinerungsmedaille in Silber nach § 3 Abs. 1 lit. b des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 203/1963, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 98/1969.
- c) Sofern nicht Abschnitt II, Teil D, Ziffer 6 lit. b anzuwenden ist, sind Zeiten einer Teilnahme an Inspektionen und Instruktionen auf das Gesamtausmaß der für den Anspruch auf die Verleihung der Wehrdienstmedaille in Silber oder Gold erforderlichen Präsenzdienstleistungen anzurechnen. In diesem Fall ist § 10 Abs. 2 und 3 des MAG, BGBl. Nr. 361/1989, in der bis zum Ablauf des 30. Juni 1996 geltenden Fassung anzuwenden. Dabei sind gleichzuhalten
 - aa) der ordentliche Präsenzdienst (9 Monate) im Sinne des Wehrgesetzes vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 272/1971, dem Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten und
 - bb) die Teilnahme an Inspektionen und Instruktionen gemäß § 33 a Wehrgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 272/1971, der Leistung von Kaderübungen.
- d) Personen, denen eine Wehrdienst-Auszeichnung verliehen worden ist, haben eine Verleihungsurkunde samt Merkblatt zu erhalten.
- e) Auf Personen, die vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über militärische Auszeichnungen den Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten angetreten oder Truppen- oder Kaderübungen geleistet haben, sind die §§ 10 und 11 MAG, betreffend die Anspruchsvoraussetzungen für die Wehrdienst-Auszeichnung, jeweils in der bis zum Ablauf des 30. Juni 1996 geltenden Fassung, nur dann anzuwenden, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes
 - aa) das in diesen Bestimmungen genannte Gesamtausmaß der Wehrdienstleistungen im vollen Umfang erreichen oder
 - bb) über das schon vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes erreichte in Abschnitt II, Teil D, Ziffer 6 lit. c sublit. aa angeführte Gesamtausmaß hinaus noch eine weitere Wehrdienstleistung der im Teil D, Ziffer 2, lit. a genannte Art erbringen.
- f) Auf Personen, die vor dem 1. Juli 1996 zum Grundwehrdienst in der Dauer von 8 Monaten oder zu Truppen- oder Kaderübungen herangezogen wurden, sind die in Ziffer 6 lit e angeführten §§ 10 und 11 jeweils in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung anzuwenden.
- g) Auf Personen, die vor dem 1. Juli 2005 während einer Wehrdienstleistung zu einem Einsatz nach § 2 Abs. 1 lit. d WG 2001 herangezogen wurden, ist bis zur Beendigung des jeweiligen Einsatzes § 12 Abs. 1 MAG 2002 in der bis zum Ablauf des 30. Juni 2005 geltenden Fassung anzuwenden.
- h) Für die Einleitung des Verfahrens zur Verleihung der Einsatzmedaille nach § 2 Abs. 1 lit. b bis d WG kommen nur solche Wehrdienstleistungen in Betracht, die nach Ablauf des 31. Dezember 2001 gelegen sind (BGBl. I Nr. 56/2001, Art. 6 Z 9, ab 1.1.2002). Dies gilt nicht für Fälle nach Abs. 3 lit. c sublit. bb (BGBl. I Nr. 103/2002, Art. 6 Z 13, ab 1.12.2002).
- i) In Fällen der Einsätze (Anthrax) nach Abschnitt II, Teil D, Ziffer 3 lit. c sublit. bb dieses Erlasses, wobei die Kriterien nach Ziffer 4 lit. d sublit. bb sinngemäß anzuwenden sind, können entsprechende Anträge auch für Einsätze, die vor dem Stichtag 1. Jänner 2002 geleistet wurden, dem **BMLV/BPersAng** vorgelegt werden.
- j) Die nach der bis zum Ablauf des 30. September 2024 geltenden Rechtslage beschafften Kleinodien dürfen weiterhin ausgegeben werden. (BGBl. II Nr. 249/2024)

E. Milizmedaille

Das Militärauszeichnungsgesetz 2002 (MAG 2002), BGBl. I Nr. 168, idgF und die Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die militärischen Auszeichnungen, (Militärauszeichnungsverordnung 2024 – MAV 2024), BGBl. II Nr. 249/2024, über die Ausstattung und die Trageart der Milizmedaille, regeln die Verleihung dieser Brustdekorations.

1. Verleihung

- a) Die Verleihung der Milizmedaille obliegt dem Bundesminister für Landesverteidigung und kann über die Fälle der Würdigung durch Wehrdienst-Auszeichnungen hinaus in Anerkennung der erbrachten Tätigkeiten an Personen außerhalb des Präsenzstandes, die mit einer Funktion in der Einsatzorganisation des Bundesheeres betraut wurden, verliehen werden

- aa) **anlässlich der dauernden Beendigung dieser Funktion**
- aaa) Der Gesetzgeber hat nicht darauf abgestellt, dass die betreffende Person (abstrakt) zu keiner Wehrdienstleistung mehr heranziehbar ist, sondern dass es darauf ankommt, **dass diese (zum Zeitpunkt der Verleihung) für keine weiterführende Funktion mehr vorgesehen ist.**
- bbb) Es kommen nur solche Personen in Betracht, für die keine weiterführenden Funktionen in einer Einsatzorganisation mehr vorgesehen sind, 80% ihres 1. Verpflichtungszeitraumes erfüllt haben und mindestens 2 beordnete Waffenübungen (BWÜ) od. anderer Wehrdienstleistungen als Ersatz für BWÜ (lt. DBWÜ) geleistet haben,
- ccc) oder im Fall des Ausscheidens aus gesundheitlichen Gründen (Untauglichkeit),
- ddd) oder aufgrund Beendigung der Wehrpflicht (gleiche Voraussetzungen wie bbb) **oder**
- bb) **für eine nachweisliche Teilnahme an einer Freiwilligen Milizarbeit im Gesamtausmaß von mehr als 30 Tagen (240 Stunden).**
- aaa) Es muss die nachweisliche Teilnahme an einer Freiwilligen Milizarbeit im Gesamtausmaß von **mehr als 30 Tagen (240 Stunden)** gegeben sein und mit dem entsprechenden Nachweis vorgelegt werden.
- b) Eine mehrfache Verleihung der Milizmedaille ist **nicht zulässig.**
- c) Es besteht **kein Rechtsanspruch** auf Verleihung der Milizmedaille.
- d) Personen, denen die Milizmedaille verliehen worden ist, haben eine Verleihungsurkunde zu erhalten. Sie sind berechtigt, sich als Besitzer dieser Auszeichnung zu bezeichnen und diese zur Uniform oder Zivilkleidung zu tragen.
- e) Die verliehene Milizmedaille geht in das Eigentum des Ausgezeichneten über. Sie darf von anderen Personen nicht getragen und zu Lebzeiten des Eigentümers nicht an andere Personen übereignet werden.
- f) Die erfolgte Verleihung ist unmittelbar nach der Überreichung von der zuständigen ErgAbt/MilKdo bzw. dem mobilmachungsverantwortlichen Kommando (mobvKdo) **unverzüglich** im PERSIS/ ERGIS-NT zu speichern (**PVC V1, Code: 696**).

2. Ausschließung von der Verleihung

- a) Die Bestimmungen über den Ausschluss der Verleihung von Wehrdienst-Auszeichnungen (Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5) sowie die Strafbestimmungen hinsichtlich militärischer Auszeichnungen (Ziffer 6 lit. a) in diesem Erlass gelten sinngemäß.

3. Antragstellung

- a) Für die Antragstellung zeichnen in beiden Fällen die Kommandanten der Mob-Truppenkörper (Mob-TrpKp) verantwortlich. Diese sind über das mobvKdo und MilKdo/ErgAbt dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen.
- b) Anträge dürfen nur für Personen gestellt werden, **die nach Ablauf des 30. Juni 2006 entordert wurden.**
- c) Vor jeder Beantragung haben die jeweils zuständigen Kommandanten der Mob-Truppenkörper zu prüfen, ob bei den in Frage kommenden Personen keine Ausschließungsgründe nach Abschnitt II Teil D, Ziffer 5 vorliegen und die Würdigkeit gegeben ist.
- d) Die Beantragung hat unter **<https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>**, (siehe Anlage 1, Formular 13) zu erfolgen.
- e) Zur Würdigung der in Frage kommenden Tätigkeiten können alle Leistungen, welche die Betroffenen im Rahmen ihrer Funktionen erbracht haben, wie etwa die dafür notwendigen Wehrdienstleistungen, Tätigkeiten im Rahmen der Freiwilligen Milizarbeit, sowie alle anderen außerhalb eines Wehrdienstes erbrachten Leistungen in Betracht gezogen werden. Umfang und Inhalt aller dieser Fähigkeiten und Leistungen sollte dabei als Beurteilungskriterium dienen.
- aa) Betreffend Würdigkeit liegt die Verantwortung beim jeweiligen Antragsteller, wobei im Fall der Entorderung (dauernde Beendigung der Funktion in der Einsatzorganisation) hinsichtlich der erbrachten Leistungen im Zweifelsfall auch Rücksprachen mit den Kdten der Einsatzorganisationen bzw. den mobvKden möglich sind.
- bb) Im Fall der Würdigung für die nachweisliche Teilnahme an einer Freiwilligen Milizarbeit im Gesamtausmaß **von mehr als 30 Tagen (240 Stunden)**, hat die Beurteilung der Würdigkeit das mobvKdo zu treffen.

4. Ausföhlung

- a) Die Übermittlung der Dekrete erfolgt nach der Genehmigung an das zuständige MilKdo/ErgAbt, welche die Ausföhlung zu veranlassen hat. Die zuständigen mobvKden haben die entsprechende Anzahl der Insignien von der HBA BRUNN anzufordern und die Weiterleitung an die Mob-TrpKp zu steuern. Hierbei tragen die zuständigen ErgAbt bzw. die mobvKden für die ordnungsgemäße Abwicklung des Verleihungs- und Versandverfahrens sowie für die **Verwaltung des Lagerbestandes** der Medaillen die volle Verantwortung. Etwaige Unstimmigkeiten in der Verrechnung sind mit der HBA BRUNN **direkt** zu bereinigen. Die Überreichung der Insignie samt Verleihungsdekret und Merkblatt (<https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, siehe Anlage 1, Formular 7) hat in beiden Anlässfällen in geeigneter Form durch den jeweiligen Kommandanten zu erfolgen, kann jedoch im Einzelfall entsprechend Situation und Lage gesondert angeordnet werden.
- b) Wird gegen eine Person, die für die Verleihung in Betracht kommt, zwischen Antragstellung und Ausföhlung ein strafrechtliches Verfahren hinsichtlich eines Deliktes, das einen Ausschließungsgrund gemäß Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5 darstellt oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet, so hat die Überreichung vorerst zu unterbleiben.
Nach Abschluss dieses Verfahrens ist das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen hinsichtlich der Ausschließungsgründe gemäß Abschnitt II, Teil D, Ziffer 5 neuerlich zu prüfen und gegebenenfalls die Verleihung durchzuführen. Ergibt die Prüfung, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, ist mit entsprechender Anmerkung die bereits geschriebene Verleihungsurkunde an das **BMLV/BPersAng** und die Insignie an HBA BRUNN rückzusenden.
- c) Die zuständige ErgAbt bzw. das mobvKdo hat die Abbuchung der verliehenen Milizmedaillen von der zugewiesenen Menge vorzunehmen und nach Anbringen eines entsprechenden Abbuchungsvermerkes die an die HBA BRUNN zurückgestellte sowie verliehene Insignienanzahl mittels einer Meldung bis spätestens **15. Jänner bzw. 15. Juli eines Kalenderjahres** dem **BMLV/BPersAng** als Grundlage für die bundesheerweite Beschaffung der Kleinodien samt Bändern vorzulegen.
- d) Die übermittelte Ausföhlungsliste ist nach Anbringen eines entsprechenden Überreichungsvermerkes, vom Kommandanten des Mob-Truppenkörpers zu unterfertigen und samt nicht überreichbarer Dekrete wieder über das mobvKdo dem **BMLV/BPersAng** rück zu mitteln.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

E. COVID-19 Erinnerungsmedaille

Mit Erlass vom 24. September 2021, GZS93594/1-GStbAbt/2021 (1) wurde die Verleihung dieser Brustdekoration geregelt.

1. Verleihung

- a) Die Verleihung der COVID-19 Erinnerungsmedaille obliegt der Bundesministerin für Landesverteidigung.
Die COVID-19 Erinnerungsmedaille kann an (ehemalige) Ressortangehörige verliehen werden, die grundsätzlich ab Beginn des ersten bundesweiten „Lockdowns“ (16. März 2020) für zumindest drei Tage bzw. mehrmalig in Summe zumindest 24 Stunden
 - aa) im Einsatz gegen COVID-19 gestanden sind,
 - bb) im Rahmen einer Unterstützungsleistung an der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie mitwirkten oder
 - cc) diesbezüglich in einer darüberhinausgehenden Dienstleistung ihr Engagement für ÖSTERREICH gezeigt haben.
- b) Die Ausführung der Auszeichnung ist einstufig. Eine Mehrfachverleihung der COVID-19 Erinnerungsmedaille ist nicht vorgesehen; daher entfällt auch eine allfällige Wiederholungszahl. Die Verleihung in einem Etui ist nicht vorgesehen.
- c) Personen, denen die COVID-19 Erinnerungsmedaille verliehen worden ist, haben eine Verleihungsurkunde zu erhalten. Die Verleihungsdekrete werden seitens BMLV/BPersAng mit GZ und Datum sowie der eingescannten Unterschrift der Frau Bundesministerin erstellt. Der Dienstgrad/Amtstitel/Verwendungsbezeichnung, Vor- und Zuname sind durch das jeweils zuständige Militärkommando (MilKdo) bzw. die zuständige Dienstbehörde/Personalstelle zu ergänzen und samt der COVID-19 Erinnerungsmedaille auszuföhlen.

- d) Diese Personen sind berechtigt, sich als Träger dieser Auszeichnung zu bezeichnen und diese zur Uniform oder Zivilkleidung zu führen.
- e) Die verliehene COVID-19 Erinnerungsmedaille geht in das Eigentum des Ausgezeichneten über.
- f) Die erfolgte Verleihung ist vom jeweiligen Stammtruppenkörper im PERSIS/ERGIS-NT **unverzüglich** zu speichern (**PVC VI, Code 697**).
- g) Die Verleihung der COVID-19 Erinnerungsmedaille hat den Aspekten der Militärkultur folgend in einer entsprechend würdigen Form zu erfolgen.
- h) Die Militärkommanden stellen die Verteilung für nicht mehr im Ressort befindliche Personen sicher.
- i) Zur Bestätigung der Ausfolgungen der Verleihungsdekrete samt Insignien und der PERSIS-Speicherungen ist die Namensliste mit Datum und Unterschrift des Kommandanten dem **BMLV/BPersAng** ohne Begleitschreiben rück zu mitteln.

2. Ausschließung von der Verleihung

- a) Von der Verleihung sind Personen ausgeschlossen, gegen die eine Disziplinarstrafe im Zusammenhang mit ihrem Einsatz bzw. ihrer Dienstleistung rechtskräftig verhängt wurde oder die durch Ihr Verhalten das Ansehen des Österreichischen Bundesheeres in der Öffentlichkeit schädigten.

3. Antragstellung

- a) Die Anregung für eine Verleihung hat nach verantwortungsvoller Beurteilung durch die Kommandanten bis zur Ebene kleiner Verband am territorialen Weg über die MilKden, als einsatzführende Kommanden, zu erfolgen.
- b) In der Zentralstelle werden von Abteilungsleitern aufwärts die Anträge an die **BMLV/BPersAng** gerichtet.
- c) Für Ressortangehörige, die an einer Unterstützungsleistung oder einer sonstigen Dienstleistung mitgewirkt haben, ist der Antrag der Truppenkörper am Dienstweg über die zuständige Dienstbehörde/Personalstelle an **BMLV/BPersAng** zu stellen.
- d) Die Anforderung der Medaillen hat am Dienstweg bei der Abteilung Fahrzeuge, Geräte & Pers-Ausrüstung (FGP) zu erfolgen. Hierbei ist das jeweilige MilKdo für die ordnungsgemäße Abwicklung des Verleihungs- und Versandverfahrens der Medaillen zuständig.

4. Heraldische Beschreibung

- a) Ordensband:
Das zu einem Dreieck gefaltete 45mm breite Stoffband besteht aus einem 18 mm olivgrünen (RAL 6003) und einem 18 mm achatgrauen Streifen (RAL 7038), welche durch einen 9mm rot-weiß-roten Mittelstreifen (reinweiß RAL 9010 – rot Pantone 186C) verbunden werden.
Die Idee hinter dieser Kombination ist die Darstellung der Zusammenarbeit von Soldaten und Soldatinnen sowie den Zivilbediensteten im Ressort, die ihren Dienst für Österreich leisten und ihr Engagement im Kampf gegen COVID-19 einbringen.
- b) Kleinod:
Kreisrund, Bronze, Durchmesser 35mm, keine Galvanisierung; Die Verbindung der Medaille mit dem dreieckig gefalteten Band wird durch eine bronzene Öse hergestellt.
 - aa) Avers: Die Vorderseite der Medaille zeigt mittig den – in lateinischen Großbuchstaben bzw. in arabischen Ziffern gehaltenen – zentralen Leitspruch „WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH – COVID-19“. Um diesen herum, ist ein Lorbeerkranz mit den neun Bundesländerwappen angeordnet. Dadurch wird die erste bundesweite Teilmobilisierung des Österreichischen Bundesheeres sowie die Regionalität der eingesetzten Truppenkörper bzw. Militärkommanden symbolisiert.
 - bb) Revers: Die Rückseite der Medaille befindet sich mittig das stilisierte Hoheitszeichen des Österreichischen Bundesheeres. Es wird von zwei Lorbeerzweigen umfasst. Der immergrüne Lorbeer steht für Beständigkeit und gilt heraldisch als Symbol der Ehre, des Ruhmes und des Sieges. Die in lateinischen Großbuchstaben gehaltene Umschrift „ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER“ verdeutlicht, dass es sich bei der COVID-19 Erinnerungsmedaille um eine Auszeichnung des Verteidigungsressorts handelt.

5. Tragebestimmungen

- a) Die COVID-19 Erinnerungsmedaille darf an der Uniform des Österreichischen Bundesheeres getragen werden. Sie stellt eine inländisch militärische Auszeichnung dar.
- b) Bundesauszeichnungen reihen vor, inländische zivile Auszeichnungen reihen nach. Sie ist der Wehrdienstmedaille bzw. der Milizmedaille nachzuordnen.

E. Belobigung durch den Bundesminister für Landesverteidigung

1. Verleihung

Von der Belobigung kann der Bundesminister für Landesverteidigung Gebrauch machen, wenn eine hervorragende Dienstleistung für die Landesverteidigung vorliegt, die für „Dank und Anerkennung“ des Bundesministers besonders würdig erscheint.

2. Antragstellung

Die entsprechende Anregung zur Belobigung hat mit ausführlicher Begründung zu erfolgen und ist auf dem Dienstweg dem **BMLV/BPersAng** vorzulegen.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

III. ANNAHME- UND TRAGEERLAUBNIS FÜR AUSLÄNDISCHE ORDEN, EHRENZEICHEN UND MEDAILLEN

1. Ansuchen

- a) Wehrpflichtige des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes sowie Angehörige der Heeresverwaltung, **denen von einem ausländischen Staat durch das Staatsoberhaupt** ein Orden, Ehrenzeichen oder eine Medaille verliehen wurde, haben die Verleihung der Auszeichnung beim **BMLV/BPersAng** auf dem Dienstweg zu melden.
- b) Dieser Meldung muss zu entnehmen sein, welcher Anlass der Verleihung zugrunde liegt. Dem Formular 9, <https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>, (siehe Anlage 1, Formular 9) ist außerdem auch eine beglaubigte Fotokopie oder Abschrift der Verleihungsurkunde und eine Übersetzung beizuschließen.
- c) Wurden mehrere ausländische Dekorationen an einen Wehrpflichtigen des Präsenz-, Miliz- oder Reservestandes oder Angehörigen der Heeresverwaltung verliehen, so ist für jeden ausländischen Orden, jedes Ehrenzeichen und jede Medaille eine eigene Meldung vorzulegen.
- d) Bereits vor dem 13. März 1938 erteilte Genehmigungen zum Tragen ausländischer Orden, Ehrenzeichen und Medaillen behalten ihre Gültigkeit.
- e) Für Orden, Ehrenzeichen und Medaillen die zwischen dem 13. März 1938 und 27. April 1945 von Deutschland oder einem seiner damaligen Verbündeten verliehen wurden, wird keine Trageerlaubnis erteilt; diesbezügliche Ansuchen erübrigen sich und sind daher zu unterlassen.

2. Annahme- und Trageerlaubnis

- a) Bei allen Ansuchen erfolgt nach Prüfung durch das Bundeskanzleramt (BKA) die Aufnahme der verliehenen Auszeichnung im Österreichischen Amtskalender. Nach Zustimmung durch das BKA wird die Annahme- und Trageerlaubnis durch **BMLV/BPersAng** erteilt.

In Zweifelsfällen ist vor der Antragstellung mit dem zuständigen Referenten des BMLV Rücksprache zu pflegen.

IV. ORDEN UND EHRENZEICHEN; RANGORDNUNG, TRAGEWEISE UND TRAGEERLAUBNIS

Die entsprechenden Richtlinien über deren Arten, Rangordnung, in welcher Zusammensetzung, Art und Weise sie zur Uniform des Bundesheeres getragen werden dürfen sowie deren Tragegenehmigung sind im Erlass vom 2. Mai 2017, GZ S93594/2-MFW/2017, VBl. I Nr. 41/2017 enthalten.

Weiters ist in der Beilage 1 des o.a. VBl. eine Übersicht von in- und ausländischen Institutionen, deren Auszeichnungen zur Uniform getragen werden dürfen ersichtlich. Militärische Auszeichnungen, die zur Uniform getragen werden dürfen sind in der Beilage 2 angeführt.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Die in diesem Erlass verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, alle Geschlechter gleichermaßen.

Dieser Erlass tritt mit Kundmachung im VBl. I in Kraft.

Die Erlässe vom 12. März 2012, GZ S91347/1-PersB/2012, VBl. I Nr. 20/2012, und vom 26. Februar 2016, GZ S91228/30-PersB/2016, werden außer Kraft gesetzt.

Formulare für Auszeichnungsangelegenheiten

Ab Veröffentlichung der **Home-Page - BPersAng** können die angeführten Formulare im Intranet unter

(<https://cms.intra.bmlv.at/web/bpersang/auszeichnungsangelegenheiten-dokumente>) geöffnet und heruntergeladen werden

1. Antrag auf Verleihung der **Wehrdienstmedaille in Bronze – Liste**
2. Verleihungsurkunde **Wehrdienstmedaille in Bronze** (vollständig geleisteter Grundwehrdienst)
3. Verleihungsurkunde **Wehrdienstmedaille in Bronze** (Ausbildungsdienst von 6 Monaten)
4. Verleihungsurkunde **Wehrdienstmedaille in Silber**
5. Verleihungsurkunde **Wehrdienstmedaille in Gold**
6. Antrag auf Verleihung der **Einsatzmedaille – Liste** (aller Einsatzfälle)
7. **Merkblatt** über militärische Auszeichnungen
8. Antrag auf Verleihung der **Verwundetenmedaille**
9. Ansuchen – Bitte um **Annahme- und Trageerlaubnis** für ausländische staatliche Auszeichnungen (gilt nur für Orden, Ehrenzeichen und Medaillen, die vom regierenden Staatsoberhaupt des jeweiligen ausländischen Landes verliehen wurden)
10. Anregung auf Verleihung des **Bundes-Ehrenzeichens** (darf keinesfalls für Anträge von Bundesauszeichnungen verwendet werden)
11. Anregung auf Verleihung der **Tapferkeitsmedaille**
12. Anregung auf Verleihung der **Militär-Anerkennungsmedaille**
13. Antrag auf Verleihung der **Milizmedaille**
14. Ansuchen auf Ersatz einer **UN-Medaille**
15. Ansuchen auf rückwirkende Verleihung einer UN-Medaille